ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
65.(80.) JAHRGANG
NOVEMBER 2012

blz

Wahl 2012

EIN GEW für alle!

... auch für Dich: GEW!
Personalratswahlen 2012

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | 3-5

SCHULE

Leben und Lernen in zwei Sprachen *Wilfried Stotzka* 6

BERUFLICHE BILDUNG

Was heißt Ausbildungsfähigkeit? *Manfred Triebe* 8

LEHRERINNENBILDUNG

Das alles und noch viel mehr *Laura Pinnig/Matthias Jähne* 10
Mehr ausbilden *Andreas Keller* 12

TENDENZEN

Neukölln ist überall *Karla Werkentin* 14

GLOSSE

Schule macht dumm *Gabriele Frydrych* 15

RECHT & TARIF

Wir halten dagegen *Holger Dehring* 16
Kurzmeldungen 16

TITEL

Mitbestimmen, wählen gehen 17

GEWERKSCHAFT

Ein deutliches Signal an die Politik *Tom Erdmann* 22
Die Abenteuer des Huck Finn *Kultur-AG* 24
Wie ein Artikel in die blz kommt *Klaus Will* 25

BÜCHER

Ausflug in eine andere Welt *Sigrid Thomsen* 26
Unterschiedliche Schulverläufe *Folker Schmidt* 26
Anstiftung zum Ungehorsam *Andreas Kraft* 28

SERVICE

Höhepunkt mit dem Ikarus *Wolfgang Nickel* 29
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

8 BERUFLICHE BILDUNG Immer wieder gibt es Klagen über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen. »Generation kann nix« war in der *Welt online* vor einiger Zeit zu lesen. Manfred Triebe sieht das anders: Nicht an Ausbildungsfähigkeit mangele es, sondern an Ausbildungsplätzen.

10 LEHRERINNENBILDUNG Der Bericht der »Baumert-Kommission« über die LehrerInnenausbildung enthält viele positive Ansätze, aber auch Vorschläge, die kritisch zu betrachten sind. Warum bleibt man zum Beispiel bei der Veränderung der Lehramtsstruktur auf halbem Wege stehen?

29 SERVICE Die jährliche IKARUS-Preisverleihung ist für die Berliner Kinder- und Jugendtheater ein wichtiger Treff- und Höhepunkt. Hans-Wolfgang Nickel über das rege Leben der Kinder- und Jugendtheaterszene.

TITEL: FOTOS: KAY HERSCHELMANN U.A./GESTALTUNG: FLECK · ZIMMERMANN, UNTEN: KAY HERSCHELMANN, MITTE: IMAGO/NIEHOFF, OBEN: ROBERT KNESCHKE/FOTOLIA

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Ricardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Gratik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 11/2012: 23.300

LEUTE

Rosa Luxemburg wurde 1919 zusammen mit Karl Liebknecht von Freikorpssoldaten ermordet. Ihre Leiche wurde dann von der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal geworfen. Diese Fußgängerbrücke trägt seit dem 25. September 2012 den Namen Rosa-Luxemburg-Steg. Gleich daneben befindet sich am Ufer des Kanals seit 1987 ein Luxemburg-Denkmal. Nur wenige Hundert Meter nördlich davon am Neuen See wurde Karl Liebknecht erschossen, dort erinnert eine Stele an den Doppelmord. Mit der Benennung der Brücke nach Rosa Luxemburg erfüllt sich eine Forderung, die die Berliner Geschichtswerkstatt seit 1986 erhoben hat.

Rose-Marie Seggelke und ***Peter Sinram*** werden beide im November 65 Jahre alt. Die langjährigen Aktivisten im Vorstand der GEW BERLIN, Rosi als Vorsitzende und Peter als Pressesprecher, genießen inzwischen den Ruhestand und fahren mit ihrem Wohnmobil die europäischen Lande ab. Wir wünschen ihnen weiterhin unfallfreie Fahrt und immer eine gute Aussicht beim Frühstück.

Gabriele Sawatzki ist für ihr soziales Engagement mit der Franz-von-Mendelssohn-Medaille ausgezeichnet worden. Sie gründete 1983 Berlins erstes Schlosserinnen-Kollektiv und übernahm 2004 die Rixdorfer Schmiede, wo sie auch Schmiedekurse für Schüler der benachbarten Schulen anbietet und am Girls Day versucht, Mädchen für Männerberufe zu begeistern. Daneben macht sie aber auch bei vielen anderen Gelegenheiten die historische Schmiede (seit 1624 gibt es sie !) zum Veranstaltungsort.

Hans Merkens, Bildungsforscher an der FU, muss sich harte Kritik an seiner Studie zu den Folgen der Berliner Grundschulreform gefallen lassen. Das ebenfalls an der FU angesiedelte Institut für Schulqualität (ISQ) beanstandete methodische Mängel, der Grundschulforscher Hans Brügelmann (Universität Siegen) kritisierte seine Schlussfolgerungen: Für den von Merkens festgestellten Leistungsabfall der SchülerInnen könne es auch ganz andere Gründe geben als die von Merkens dafür verantwortlich gemachte Einführung des Jahrgangsübergreifenden Lernens und die Früheinschulung.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Nicht nur Zahlen, bitte!

Der Grundschul-Ländervergleich hat außer dem Ranking nichts zu bieten

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Die Ergebnisse des neuen Grundschul-Ländervergleichs wurden am 5. Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um die Ergebnisse der 2011 im Auftrag der Kultusministerkonferenz durch das IQB (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität) erhobenen und nun ausgewerteten Daten. Verglichen wurden Leistungen von Viertklässlern in den Bereichen Lesen, Zuhören, Orthographie und Mathematik. Mit dieser Studie geht die Bundesrepublik wieder einmal einen deutschen Sonderweg bei internationalen Bildungsvergleichen wie PISA, IGLU, TIMM.

Die Untersuchung ergab, dass die Mindeststandards (nach der Definition der KMK) in den angegebenen Disziplinen zwischen 87 und 93 Prozent, Regelstandards nur zu 64 bis 74 Prozent erreicht wurden. Die Streuung um den normierten Mittelwert von 500 Punkten wich je nach Disziplin und Land um etwa 20 Punkte nach oben und 50 Punkte nach unten ab, also eine Abweichung von etwa 15 Prozent. Dabei zeigte sich, dass die Ergebnisse im Süden besser sind und die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die Schlusslichter bilden – wieder einmal.

Das IQB hebt in seinem Bericht hervor, dass die erhobenen Daten dazu dienen, »die Lehr- und Lernbedingungen in deutschen Grundschulen im Überblick zu beschreiben und zu untersuchen, inwieweit und unter welchen Bedingungen eine optimale Förderung aller Schüler und Schülerinnen erreicht wird«.

In den Medien kam das allerdings nicht vor: »Berliner Grundschüler sind Schlusslicht beim Lesen und Rechnen« (*Tagesspiegel*), »Mit Hamburg und Bremen bildet Berlin das Schlusslicht beim Vergleich der Grundschulleistungen aller 16 Bundesländer« (*Berliner Morgenpost*), »Bayerns Viertklässler lernen am besten« (*Berliner Zeitung*). Die *Hamburger Morgenpost* jammert: »Sind Hamburgs Schulen überhaupt noch zu retten?« und die *BILD* ganz klassisch: »Von Sachsen lernen heißt Lernen lernen«. Exemplarisch auch die Frage der rbb-Abendschau und von TV-Berlin: Bayern ist spitze und Berlin Schlusslicht, was meint die GEW BERLIN dazu? Tja, was soll man da noch sagen. Wer ist schon gerne Schlusslicht.

Allerdings, da muss man die Medien in Schutz nehmen, ist in der Studie selbst auch nichts zu finden. Der Anspruch, den das Institut selbst formuliert hat, wird also auch nicht eingelöst. Welche Folgerungen sich für die Schlusslichter aus dem Ranking ergeben könnten, dazu findet man kaum ein Wort.

Für uns ist nicht die Feststellung der Unterschiedlichkeit von Bedeutung, sondern wir erwarten von den Bildungsforschern auch Auskunft über die Ursachen und zumindest ansatzweise Hinweise auf daraus zu ziehende Schlussfolgerungen.

Letzteres würde uns allen, Lehrkräften, Eltern und der Bildungspolitik, etwas nützen. Was braucht es an Bedingungen, damit gute pädagogische Ansätze, wie jahrgangsübergreifendes und inklusives Lernen, damit individuelle Zuwendung in heterogenen Gruppen, freudvolles Lernen in einer gut funktionierenden Ganztagsschule nicht nur gefordert, sondern auch verwirklicht werden können? Aber vielleicht arbeiten die ForscherInnen vom Institut für Qualitätsentwicklung schon daran?

Demonstration am 29. September 2012 in Berlin. Bundesweiter Aktionstag der Initiative »um*fair*teilen«.
Siehe auch den Bericht auf Seite 22. FOTO: JÜRGEN SCHULTE

Manifest für eine Reform des Bildungssystems
Georg Feuser und Hans Eberwein waren mehr als 30 Jahre lang in der LehrerInnenausbildung an den Universitäten Bremen/Zürich und an der Freien Universität Berlin tätig; und davor auch als Lehrer/Schulleiter. In ihrem Manifest »Kritische Analyse der politischen Struktur unseres Schul- und Bildungssystems« fordern sie eine grundlegende politische und strukturelle Reform des Schul- und Bildungssystems: In Deutschland, so ihr Befund, hätten sich die Lehr-/Lernorganisation, der Lern- und Entwicklungsbegriff sowie das schulpolitische Bewusstsein kaum geändert. Und dies trotz vieler Untersuchungen im Schulbereich, OECD-Studien und PISA-Vergleichen, alternativen Schulmodellen sowie der Abschaffung der Hauptschule. Das Reform-Manifest ist zu finden unter www.georg-feuser.com

ErzieherInnen waren nicht eingeladen
Bildungssenatorin Sandra Scheeres begrüßte am 6. September 2012 in der Humboldt-Universität die neu eingestellten Lehrkräfte der Berliner Schulen – die neu eingestellten ErzieherInnen in den Schulen waren aber nicht eingeladen. Doreen Siebernik, Gesamtfrauenvertreterin und im GEW-Vorstand, merkte dies kritisch an beim Leiter der Abteilung I, Ludger Pieper. Für das nächste Jahr wurde Besserung gelobt.

Altersarmut wächst seit Jahren
Die Ausbreitung von Altersarmut in Deutschland hat längst begonnen. Schon deshalb greift eine »Zuschussrente« zu kurz, die lediglich armutsbedrohte zukünftige Rentner besser stellen soll. Zu diesem Schluss kommt Dr. Eric Seils. Der Sozialversicherungsforscher im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat dazu neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Sie zeigen: Die Armutsquote bei Personen über 65 Jahren lag 2011 mit 13,3 Prozent zwar etwas unter dem Durchschnitt aller Altersgruppen. Dieser betrug 15,1 Prozent. Seit 2005 hat die Armut unter SeniorInnen aber am stärksten zugenommen. Die Zahl armer Älterer war 2011 um etwa eine halbe Million höher als sechs Jahre zuvor. Die Armutsquote der SeniorInnen stieg in diesem Zeitraum um 2,3 Prozentpunkte, allein zwischen 2010 und 2011 um einen vollen Prozentpunkt. Arm ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Im vergangenen Jahr waren das 848 Euro im Monat für einen Alleinstehenden. (Böckler Impuls 14/2012).

LehrerInnenbildung in Berlin
Eine Expertenkommission unter Leitung von Jürgen Baumert stellte am 26. September ihre Empfehlungen zur Reform der LehrerInnenbildung in Berlin vor. Danach sollen alle Lehrkräfte gleichlang ausgebildet werden: sechssemestriges Bachelorstudium, viersemestriges Masterstudium mit einem Praxissemester sowie ein 18-monatiger Vorbereitungsdienst. Außerdem soll es künftig nur noch drei Lehrämter geben: Grundschullehramt, Lehramt für die Sekundarstufen, Lehramt berufliche Schulen. Die bisherige Studienratslaufbahn soll entfallen. Der Bericht ist zu finden unter www.berlin.de/sen/bildung/lehrer_werden.

Die GEW BERLIN erklärte gegenüber der Presse: »Wir unterstützen Professor Baumert in seiner Forderung, dass sich die Realität an den Berliner Schulen endlich in der LehrerInnenbildung widerspiegeln muss und in seinen Gedanken, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist und die künftigen Lehrkräfte bereits in der Ausbildung darauf vorbereitet werden müssen. Dass Grundschullehrkräfte eine eigene Ausbildung erhalten sollen, halten wir für falsch. Wir begrüßen aber, dass es für künftige Lehrkräfte in den Sekundarstufen I und II nur noch ein Lehramt geben soll.« *Siehe dazu auch den Artikel auf Seite 10.*

Gutes Geschäft mit Steuersünder-Dateien
Mit rund 195.000 Euro hat sich Berlin seit dem Jahr 2010 am Kauf der sogenannten Steuersünder-Dateien beteiligt. Als Folge gab es in Berlin 1.217 Selbstanzeigen und über 102 Millionen Euro Steuernachzahlungen, teilte der Senat aufgrund einer Kleinen Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck mit. Ein lohnendes Geschäft, das erahnen lässt, welche Summen in den Jahren zuvor hinterzogen worden sind.

Volkshochschule wieder vorn bei der beruflichen Weiterbildung
Berufliche Weiterbildungskurse bei Volkshochschulen sind meist nicht schlechter, aber deutlich preisgünstiger als bei kommerziellen Weiterbildungsinstituten. Nur etwa 5 Euro kostet eine 45-minütige Unterrichtseinheit im Durchschnitt bei den Volkshochschulen, kommerzielle Unternehmen verlangen mit durchschnittlich 47 Euro fast das Zehnfache. Dies ist das Ergebnis eines Langzeitvergleichs der Stiftung Warentest, die seit zehn Jahren insgesamt 453 Präsenzkurse zur beruflichen Weiterbildung von 291 Anbietern getestet hat. Darunter waren zum

Beispiel Sprachkurse für Wirtschaftsenglisch, Kurse zum professionellen Umgang mit dem Computer, zu Social Media Marketing oder zu Fernlehrgängen Betriebswirtschaft. Gravierende Unterschiede fanden sich bei den Anbietergruppen nicht. Bei der Qualität liegen sie recht nah beieinander, im Preis unterscheiden sie sich dagegen deutlich. Das heißt: Wer mehr Geld ausgibt, kann nicht automatisch mit einem besseren Kurs rechnen. Der ausführliche Test Langzeitvergleich ist online unter www.test.de/weiterbildung-anbietervergleich veröffentlicht.

EINE für alle!

WANN WIRD GEWÄHLT?

- **Haupt- und Gesamtpersonalrat, Gesamt-Frauenvertreterin, Personalräte der Regionen und PR der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen, Frauenvertreterinnen in den Regionen:** 26. - 28. November
Genaue Termine im Wahlausschreiben.

- **Personalräte der Hochschulen:**
FU: 12. - 23. November
HU: 4. - 6. Dezember

- **Personalrat der LehramtsanwärterInnen:** 26. November - 7. Dezember

- **Personalräte der Kita-Eigenbetriebe und der Bezirksämter:**
City: 27. - 30.11.
NordWest: 7. - 13.11., 15. + 16.11.
NordOst: 12. - 16.11.
SüdWest: 26. - 28.11.
SüdOst: 27. - 29.11.
Bezirksamt Mitte: 19. - 23.11.
Bezirksamt Lichtenberg: *stand beim Redaktionsschluss noch nicht fest*

Fliegende Wahllokale werden in den Wahlausschreiben bekannt gegeben. *Bitte dort nachsehen.*

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... ich will, dass jede KollegIn die Anforderungen, die an eine pädagogische Fachkraft gestellt werden, auch erfüllen kann.
Michael Scheel, EB NordWest

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Senioren-Ausflug nach Schöneiche, *September-blz 2012*

Schöneiche ist ein gutes Ziel für einen Senioren-Ausflug mit der GEW. Schließlich haben in Schöneiche viele jüdische Menschen ihr Sommerhaus gehabt oder auch in Schöneiche gewohnt und es sind inzwischen sehr viele Stolpersteine verlegt worden, die an die Deportation und Ermordung der hier wohnenden JüdInnen erinnern. Das ist im Internet unter »Schöneiche« nachzulesen. Ausgangspunkt für die Stolpersteinverlegungen und andere Aktivitäten in der Gemeinde war die Recherche von Jani Pietsch. Sie hat 2006 im Campusverlag ihre Recherche zu jüdischen Bewohnern in Schöneiche veröffentlicht (Jani Pietsch: »Ich besaß einen Garten in Schöneiche bei Berlin. Das verwaltete Verschwinden jüdischer Nachbarn und ihre schwierige Rückkehr.) Ich ging beim Lesen des kleinen Berichts wie selbstverständlich davon aus, dass dieser Ausflug auch diesem Teil der Geschichte von Schöneiche galt. Im Bericht findet sich dazu kein Wort.

Christine Holzkamp

Ungerecht und auch noch teuer, *September-blz 2012*

Mit großem Interesse und Freude darüber, dass dieses Thema euch eine Doppelseite wert war, habe ich den Artikel von Holger Dehring in der letzten blz gelesen. Es ist meiner Meinung nach extrem wichtig, dass ihr dieses Thema immer wieder ansprecht und bei der Senatsverwaltung diesbezüglich nicht locker lasst. Deswegen hoffe ich auch umso mehr, dass der letzte Satz des Artikels »*Der Landesrechtsschutz, die Personalräte und der Landesvorstand der GEW BERLIN werden das kommende Jahr dafür nutzen, um die bestehenden Ungerechtigkeiten zu beenden…*« keine Floskel ist, sondern ihr den Worten mehr als deutliche Taten folgen lasst. So habe ich mich beispielsweise im vergangenen Jahr wahnsinnig darüber geärgert, dass die Kollegin im Klassenraum nebenan mit den gleichen Aufgaben wie ich (Klassenleitung einer 6. Klasse) als verbeamtete Kollegin Monat für Monat deutlich mehr Netto in der Tasche hat als ich. Von der besseren Absicherung im Krankheitsfall und bei der Pension einmal ganz abgesehen. Das kann und darf nicht so bleiben! Wäre es nicht eine gute Idee, entsprechende Rundschreiben von euch, die diese Ungerechtigkeit noch mal deutlich machen, an alle Berliner Schulen und Kollegien zu schicken und das ganze zusätzlich noch mit einer Unterschriftenaktion zu koppeln? Wie ich nämlich immer wieder feststelle, wissen viele der verbeamteten KollegInnen überhaupt nicht, dass wir angestellten LehrerInnen in einigen Punkten deutlich schlechter dastehen als sie selbst. Hier herrscht also noch Informationsbedarf. Und die Unterstützung der verbeamteten KollegInnen steht dann mit Sicherheit außer Frage.

Hans-Jürgen Knitter

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... Recht haben und Recht bekommen oftmals ein steiniger Prozess ist, den zu erstreiten immer notwendiger wird. *Uwe Bialke, Charlottenburg-Wilmersdorf*

ÜBRIGENS

Dieses Mal ist der Vorlauf bis zum Erscheinen der *blz* noch länger gewesen: Wir haben Rücksicht auf die Schulferien der Redaktionsmitglieder genommen, die Lehrkräfte sind; das sind immerhin ungefähr die Hälfte. Auf Klaus Will sind also einige Alleinarbeiternachbesserungen und Aktualitätskorrekturen zugekommen. Und Tom musste den Bericht über die Um*fair*teilen-Demo erst nach dem Termin der Schlussredaktion schreiben; vielen Dank!

Ein wichtiger Bestandteil der Schlussredaktionssitzungen schien gefährdet zu sein: die Nahrungsaufnahme. Immer weniger KollegInnen haben die Möglichkeit, vor der Sitzung noch einzukaufen. Ein Vorschlag war, das Angebot einer Einzelhandelskette auf kostenlose Lieferung ab einem Gesamtwert von 20 Euro in Anspruch zu nehmen. Das ging aber ja nun gar nicht! Es wurde »dem Herrn, der über uns wohnt« sei Dank eine Lösung gefunden.

FS

Redaktionsschluss blz 1/2013: 23. November 2012

Leben und Lernen in zwei Sprachen

Die Staatliche Europa-Schule Berlin besteht seit zwanzig Jahren

FOTO: PRIVAT

von Wilfried Stotzka, Lehrer und Koordinator an der Friedensburg-Oberschule

In diesem Schuljahr feiert die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB) ihr zwanzigjähriges Bestehen. Im Jahre 1992 wurden die ersten Vorklassen in den drei Sprachkombinationen Deutsch mit Englisch, Französisch und Russisch eröffnet. Mit einem Festakt im Roten Rathaus und mit einem Fest der SchülerInnen aus allen SESB-Standorten wurde dieses Jubiläum im September begangen.

Die Schulen legen Wert darauf, dass der Name immer vollständig zitiert wird, weil erstens mit dem Zusatz »Staatlich« betont wird, dass diese Schulen unentgeltlich für die SchülerInnen sind und prinzipiell offen für alle. Und »Europa-Schule Berlin«, weil es viele Schulen in Deutschland gibt, die sich »Europaschule« nennen. Sie alle profilieren sich durch ein besonderes Fremdsprachenangebot, interkulturelles Lernen, europäische Themen im Unterricht, Austauschprogramme, aber nicht durch ein konsequentes Konzept bilingualen Lernens wie wir.

Die SESB verwirklicht Bilingualität konsequent: Zwei Sprachen sind zu jeweils 50 Prozent präsent. Bei Deutsch-Spanisch sieht das dann so aus:

- Für die Hälfte der SchülerInnen ist Spanisch ihre Muttersprache , die andere Hälfte Deutsch.
- Die Hälfte der Unterrichtsstunden wird auf Spanisch, die andere Hälfte auf Deutsch erteilt.
- Die Lehrkräfte haben eine von beiden Sprachen als Muttersprache und unterrichten ausschließlich in dieser Sprache, die einen also auf Spanisch, die anderen auf Deutsch.

Zur Organisation

Die SESB ist nach Sprachkombinationen organisiert: An einer Schule gibt es jeweils eine Kombination von Deutsch und einer anderen Sprache. Zurzeit sind das neun Sprachkombinationen: jeweils Deutsch und eine der Sprachen Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Türkisch.

In der Regel hat die Schule dann einen SESB-Zweig, also die bilingualen Klassen und einen Regelzweig, also die Klassen, in denen nur auf Deutsch unterrichtet wird. Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass die SESB mit ihrem europäischen Selbstverständnis und ihrer Interkulturalität sich nicht abkapselt, sondern wie ein Stein, der ins Wasser geworfen wird, Kreise zieht und gleichzeitig vom Innovationspotenzial profitiert, das in den Regelklassen vielleicht auf anderen pädagogischen Gebieten entfaltet wird.

Es gibt 17 SESB-Grundschulen und 13 weiterführende Schulen mit SESB-Zweigen. Insgesamt lernen in diesen SESB-Schulen zurzeit etwa 6.500 SchülerInnen. Etwa 300 Lehrkräfte der verschiedenen nichtdeutschen Muttersprachen unterrichten dort.

Der Unterricht wird also in der SESB in der Hälfte der Unterrichtsstunden auf Deutsch, in der anderen Hälfte auf Spanisch (oder anderen Sprachen) erteilt. Das Prinzip ist Immersion (eintauchen,

SchülerInnen aller SESB-Standorte feierten im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur mit Ständen und Bühnendarbietungen das Jubiläum.

FOTO: DIMITRIS KAMARAS

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... es wichtig ist, KollegInnen Hilfestellungen zur Selbsthilfe bei Problemen am Arbeitsplatz zu geben. *Ulrich Benkenstein, FU*

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... krank machende Arbeitsbedingungen nicht dadurch beseitigt werden, dass die unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand jetzt noch schneller durchgezogen wird.

Hartmut Schurig, Marzahn-Hellersdorf

»Sprachbad«), es ist immer nur eine Lehrkraft in der Klasse, diese Lehrkraft unterrichtet in ihrer Muttersprache. Und ein Unterrichtsfach wird durchgängig nur in der einen Sprache unterrichtet. Die Schüler lernen die jeweils andere Sprache voneinander und nicht nur von der Lehrkraft. Deshalb nennen wir die zweite Sprache auch Partnersprache.

Trommeln für die Staatlichen Europa Schulen im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur. FOTO: DIMITRIS KAMARAS

In den Sachfächern lernen die Schüler zusammen. Nur in der Sprache selbst lernen sie von der 1. bis zur 8. Klasse in getrennten Gruppen: Eine Schülerin hat entweder »Deutsch als Muttersprache« und »Spanisch als Partnersprache« oder umgekehrt. Erst ab der 9. Klasse hat dann die Klasse gemeinsam Spanisch und Deutsch.

Die Bedeutung der Partnersprache

Spanisch beziehungsweise Deutsch als Partnersprache zu lernen heißt: Hier werden einerseits fremdsprachdidaktische Prinzipien einbezogen, andererseits wird versucht, den Bezug auf das Lernen im Sachfach herzustellen, also die Sprachmittel zu erwerben, die für das jeweilige Thema im Sachfach nötig sind. Für die SchulanfängerInnen heißt das auch: Sie lernen im ersten Jahr das Lesen und Schreiben nur in ihrer Muttersprache. In der Partnersprache stehen zunächst die mündliche Kommunikation, das handelnde »Lernen mit Kopf und Hand« und auch spielerische, rhythmische, melodische Sprachformen im Vordergrund. Die Alphabetisierung folgt etwa im zweiten Schuljahr. Die Kompetenz der SchülerInnen in der Partnersprache nähert sich allmählich dem der MuttersprachlerInnen an, ab der 9. Klasse haben sie dann nur noch gemeinsam Sprachunterricht. Am Ende der 10. Klasse bescheinigen wir allen SchülerInnen, dass der Spanisch-Unterricht auf Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erteilt wurde. Mit dem Abiturzeugnis erhalten sie dann ein Zertifikat über die Stufe C2. Das Besondere an der Staatlichen Europa-Schule Berlin ist, dass sie zwei Sprachen – und die damit verbundenen Kulturen – von Anfang bis Ende der Schulzeit als gleichberechtigt und gleichwertig in ihr Schulleben integriert. Dadurch unterscheidet sie sich auch von sogenannten Europaschulen in anderen Bundesländern und auch von anderen bilingualen Schulen.

Das Kind mit einer anderen Muttersprache hat in der normalen Schule zunächst ein großes Defizit: Es kann die Umgebungssprache nicht oder noch nicht so gut. In der SESB ist das anders: Das Kind bringt einen wertvollen Schatz mit, seine Sprachkompetenz und seine kulturelle Identität. Diesen Schatz kann es in der SESB bewahren und entfalten und gleichzeitig wächst es in die neue Kultur und Sprache hinein. Für die deutschen MitschülerInnen ist die SESB eine einzigartige Möglichkeit, eine neue Sprache und eine andere Kultur so intensiv zu erlernen wie sonst nur außerhalb des eigenen Landes.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen.

Informationen und Bestellung unter www. gew-berlin.de/4681.htm.

Siehe Seite 23

Das Märchen von der fehlenden Ausbildungsfähigkeit

Nicht an Ausbildungsfähigkeit mangelt es, sondern an Ausbildungsplätzen

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Manfred Triebe, Arbeitslehreexperte i. R.

Generation kann nix« war in der *Welt Online* vor einiger Zeit zu lesen. »Werden unsere Jugendlichen immer dümmer?«, fragen die Medien, wenn Unternehmensverbände wieder einmal die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der aktuellen SchulabgängerInnen beklagen. Auch die Bundesregierung äußert sich im Berufsbildungsbericht 2010 besorgt über die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher. Nach wie vor verließen zu viele die Schule ohne Abschluss. Jeder fünfte Ausbildungsvertrag (21,5 Prozent) werde vorzeitig wieder gelöst.

»Die Jugendlichen lieben heutzutage den Luxus. Sie haben schlechte Manieren und verachten die Autorität, haben keinen Respekt vor älteren Menschen und surfen mit ihrem I-Phone, wo sie arbeiten sollten. Sie stehen nicht mehr auf, wenn Ältere das Zimmer betreten. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Ausbilder.« Dieses nur geringfügig gekürzte und von mir aktualisierte Zitat wird Sokrates zugeschrieben. Ähnlich klingende Beurteilungen der jeweils heranwachsenden Generation finden sich bei den Römern, Martin Luther, im 19. Jahrhundert *(»Jugendliche zeigen ein fortwährendes Ansteigen der Ansprüche, aber kein wachsendes Gefühl für Verantwortlichkeit für redliche Erfüllung der Pflichten….«)* bis in unsere Tage.

EINE für alle!
Ich kandidiere, weil …
… wir KollegInnen eine starke Interessensvertretung brauchen.
Barbara Schüle, Tempelhof-Schöneberg

Was ist dran an diesen Sprüchen? Und was ist eigentlich unter Ausbildungsfähigkeit oder Ausbildungsreife zu verstehen?

Zunächst gibt es keine klare Abgrenzung der Begriffe »Ausbildungsfähigkeit« und »Ausbildungsreife«. Sie werden oft synonym benutzt. Ich gehe deshalb davon aus, dass sie Gleiches oder Ähnliches meinen. Von der Hans-Böckler-Stiftung beauftragte WissenschaftlerInnen haben in einer aktuellen Untersuchung den Hintergrund dieser in Zyklen ständig wiederkehrenden Debatte und den Begriff der Ausbildungsreife/Ausbildungsfähigkeit untersucht. Dabei förderten sie interessante Hintergründe zutage. Vier Fragestellungen waren der Rahmen für die Untersuchung[1)]. Ich greife hier nur drei heraus:

1. Lässt sich das Konstrukt Ausbildungsreife wissenschaftlich begründen?
2. Welche Aussagen lassen sich auf Basis empirischer Studien zur Ausbildungsreife der Jugendlichen treffen?
3. Welche politische Funktion erfüllt die Debatte um Ausbildungsreife und welche dahinter stehenden Probleme werden dadurch kaschiert?

Eine zentrale Aussage der Untersuchung heißt: *»Die Ergebnisse machen….deutlich, dass es sich bei dem Schlagwort Ausbildungsreife um einen äußerst diffusen… Begriff handelt, der sich einer wissenschaftlichen Untersuchung entzieht.«* Ähnliche Aussagen lesen wir bei anderen Autoren. Eine Definition von Ausbildungsfähigkeit findet sich im Wörterbuch der Pädagogik von Schaub/Zenke , ein Kriterienkatalog für Ausbildungsfähigkeit oder -reife bei der Bundesagentur für Arbeit von 2006[2)].

Nach Schaub/Zenke ist die Ausbildungsfähigkeit eine Art Universalfähigkeit, »die sich aus verschiedenen Faktoren zusammensetzt. Der ausbildungsfähige Jugendliche verfügt demnach über anwendbares Wissen, über eine Persönlichkeit und eine körperliche Reife, die es ihm ermöglicht, eine Berufsausbildung zu beginnen«[3)]. Wie diese Fähigkeit konkret aussieht, wird nicht gesagt.

Interessant ist der Bedeutungswandel des Begriffs. Ausbildungsfähigkeit stammt ursprünglich aus der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) von 1969. Dort bezog er sich auf den ausbildungsfähigen Betrieb. Mit der Qualifikation der Lehrlinge hatte der Begriff damals noch nichts zu tun.

Es hat sich einiges geändert

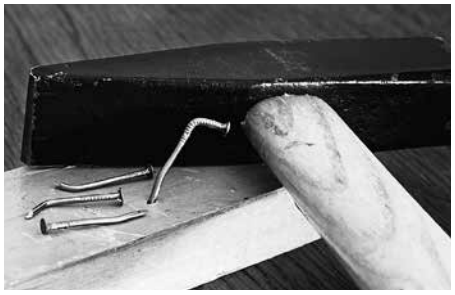
Die Zeiten und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt haben sich spätestens seit den 90er Jahren grundlegend verändert. Der Wegfall niedrig qualifizierter Tätigkeiten macht sich insbesondere bei den Jugendlichen bemerkbar, die die Schule ohne oder »nur« mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Selbst für erfolgreiche AbsolventInnen der Hauptschule stehen heute als KonkurrentInnen um die wenigen Ausbildungsplätze AbiturientInnen und RealschülerInnen bereit. Es muss außerdem berücksichtigt werden, dass die Ansprüche in den meisten Ausbildungsberufen in den letzten Jahren rapide gestiegen sind. Parallel dazu hat sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zum Nachteil der SchulabgängerInnen verändert. Ab Mitte der 90er Jahre stehen einer wachsenden Nachfrage immer weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Differenz zwischen Lehrstellenangebot und Nachfrage nach Ausbildungs-

plätzen erreichte 2004 einen Höhepunkt. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung standen 2007 den über 600.000 Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag knapp 670.000 Jugendliche in Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen gegenüber.

Warteschleifen statt Ausbildungsplätze

Parallel zu dieser Entwicklung etablierte sich ein berufliches Übergangssystem für die bei der Lehrstellensuche leer ausgegangenen SchulabgängerInnen. Dieses Übergangssystem führte zu einem Paradigmenwechsel. Es ging nur noch in politischen Sonntagsreden um eine Steigerung der Zahl von Ausbildungsplätzen. In der Realität wurden die bei der Lehrstellensuche nicht erfolgreichen Jugendlichen mit dem Etikett »nicht ausbildungsfähig« stigmatisiert, um dann im Übergangssystem (Warteschleifen) ausbildungsfähig gemacht zu werden.

Heute wird der Begriff nahezu ausschließlich auf die sich um einen Ausbildungsplatz bemühenden jugendlichen



Mangelnde Ausbildungsreife FOTO: BIRGITH/PIXELIO

SchulabgängerInnen bezogen. Die Ausbildereignungsverordnung wurde parallel zu dieser Entwicklung zwischen 2003 und 2009 vollständig außer Kraft gesetzt. Jeder, der sich berufen fühlte, konnte in dieser Zeit ausbilden, seine Ausbildungsfähigkeit wurde nicht mehr abgefragt. In der aktuellen AEVO sind die fachlichen Qualifikationen der AusbilderInnen dominant, die berufspädagogischen Qualifikationen können dagegen in »Crashkursen« von wenigen Tagen erworben werden (siehe Rahmenplan für die Ausbildung der AusbilderInnen).

Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ging im Zeitraum 2006 bis 2011 der Anteil der Unternehmen, die über mangelnde Deutschkenntnisse der BewerberInnen klagten, von 66 auf 53 Prozent kontinuierlich zurück. Ähnlich sank der Anteil der Jugendlichen mit Mängeln in den mathematischen Grundkenntnissen von 53 Prozent (2006) auf 48 Prozent (2011). Klagen über Disziplinmängel und mangelnde Belastbarkeit haben im genannten Zeitraum dagegen zugenommen. Die Bundesagentur selbst findet in eigenen Langzeituntersuchungen heraus, dass Problemlösefähigkeit, vernetztes und schlussfolgerndes Denken und die allgemeine Intelligenz in den letzten 20 Jahren zugenommen haben[4]. Allein diese Beispiele zeigen, wie problematisch das Schlagwort von der mangelnden Ausbildungsfähigkeit ist. Hinzu kommen branchenmäßige Unterschiede in den Anforderungen und Besetzungsprobleme, die vordergründig gerne auf die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Bewerber zurückgeführt werden. Tatsächlich betreffen sie aber Branchen, die von den Jugendlichen als Ausbildungsbetriebe wenig nachgefragt werden, weil sie körperlich belastend sind, zu wenig Perspektive bieten, schlecht bezahlt sind oder unattraktive Arbeitszeiten haben. Das betrifft vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Baubranche. Unternehmen der IT-Branche, Banken und Versicherungen haben weniger Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Teuer und ineffizient

Der sogenannte nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs wurde 2004 von der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft geschlossen, um jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen. Damit war impliziert, dass per Definition von vornherein nicht alle Jugendlichen in diesen Genuss kommen. Hat ein Jugendlicher Bewerber schließlich die Hürde *ausbildungsfähig* beziehungsweise *ausbildungsreif* genommen, ist seine Übernahme in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis im Dualen System allerdings noch lange nicht gesichert, denn es herrscht die im Berufsbildungsgesetz abgesicherte Vertragsfreiheit. Mit der Ausbildungsfähigkeit verhält es sich also ähnlich wie mit dem Berufswahlpass. Die »Lizenz« Ausbildungsfähigkeit berechtigt die Jugendlichen nur, am betrieblichen Auswahlverfahren teilzunehmen. Die WissenschaftlerInnen der Stiftung nennen das Etikett *ausbildungsreif* deshalb auch »Mindestkonkurrenzteilnahmebescheinigung«.

Man fragt sich bei dem jetzt schon abzusehenden Fachkräftemangel, wie lange die Wirtschaft noch im Abnehmerstatus verharrt und von den allgemeinbildenden Schulen die Lieferung ausbildungsfähiger oder ausbildungsreifer AbsolventInnen verlangen will. Im Jahre 2006 wurden mehr als 5 Milliarden Euro für das Übergangssystem ausgegeben. Fachleute bezeichnen das System als ineffizient. Severing[5] konstatierte in einem Vortrag in Hamburg 2009: »Das Übergangssystem ist der expansivste Teil des Systems der beruflichen Bildung und zugleich sein am schlechtesten organisierter und ineffektivster Teil.«
Das Schlagwort »mangelnde Ausbildungsreife/Ausbildungsfähigkeit« verschleiert den tatsächlichen Hintergrund des prognostizierten Fachkräftemangels, nämlich zu wenig Ausbildungsplätze. Und es stigmatisiert die Jugendlichen, die an den Anforderungen des Ausbildungssystems scheitern, ohne dem Mangel abzuhelfen. Die Milliardenkosten des Übergangssystems in die allgemeinbildende Schule gesteckt (Frequenzsenkungen, Berufsorientierung von der Grundschule an, Arbeitslehre als Pflichtfach für alle Schüler) würden die Zahl der AbgängerInnen ohne Schulabschluss drastisch verringern. Eine andere Alternative für eine sinnvolle Verwendung des Geldes wäre eine von Professor Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung geforderte Ausbildungsgarantie für jeden Schulabgänger[6]

1) Rolf Dobischat, Gertrud Kühnlein, Robert Schurgatz: Ausbildungsreife – ein umstrittener Begriff beim Übergang Jugendlicher in eine Berufsausbildung. Arbeitspapier 189 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, Mai 2012
2) Bundesagentur für Arbeit: Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife, März 2009
3) Schaub/Zenke: Wörterbuch der Pädagogik, DTV 2000
4) Vergl. Dobischat u.a. S. 36
5) Eckhart Severing: Übergänge mit System?, Vortrag anlässlich einer Veranstaltung zum regionalen Übergangsmanagement in Hamburg am 27.04.2009
6) Klaus Klemm: Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?, Bertelsmann Stiftung 2012

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... die Durchsetzung von Rechten und die Unterstützung und Beratung die Arbeit der Beschäftigtenvertretung unverzichtbar machen.
Bernhard Lilienthal, Mitte

FOTO: CARLOS CAETANO/FOTOLIA

Das alles und noch viel mehr

Expertenkommission legt Empfehlungen zur LehrerInnenbildung vor

von Laura Pinnig und Matthias Jähne (Vorstandsbereich Hochschule und LehrerInnenbildung)

Im Auftrag von Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat eine neunköpfige Kommission auswärtiger ProfessorInnen unter Leitung von Jürgen Baumert Ende September ihre Empfehlungen zur Reform der LehrerInnenbildung in Berlin vorgelegt. Ausgangspunkt war die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU, die vorsieht, dass alle angehenden Lehrkräfte einen vollwertigen zweijährigen Masterabschluss, einschließlich eines neuen Praxissemesters und ein gleich langes Referendariat von 18 Monaten absolvieren sollen. Dafür hat sich die GEW BERLIN seit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge vor acht Jahren vehement eingesetzt. Die Ausbildung von Lehrkräften muss zudem inhaltlich an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden: Heterogenität, Binnendifferenzierung, Inklusion, Ganztagsschulbetrieb müssen in Studium und Referendariat ein größeres Gewicht erhalten. Im Sinne eines kontinuierlichen Kompetenzaufbaus sind Praxisphasen während des gesamten Studiums vorzusehen. Darüber hinaus muss die jetzige Lehramtsstruktur so verändert werden, dass es für alle Schulformen entsprechenden Nachwuchs gibt und die Lehrkräfte möglichst flexibel eingesetzt werden können.

Der Bericht der »Baumert-Kommission« enthält viele positive Ansätze, aber auch Vorschläge, die kritisch zu betrachten sind. Zu begrüßen ist, dass die Kommission ohne Wenn und Aber die Verankerung eines Praxissemesters in der Masterphase für alle angehenden Lehrkräfte fordert. Das wird aber nur gut gelingen, wenn die Betreuung der Studierenden durch Lehrkräfte (MentorInnen) in den Schulen erfolgt, die für diese Aufgabe gezielt qualifiziert und entsprechend von anderen dienstlichen Verpflichtungen entlastet werden (Stichwort Ermäßigungsstunden). Insofern bleibt zu hoffen, dass Senat und Koalition auch bis zur letzten Seite des Berichts aufmerksam lesen: »Der Reformprozess ist nicht kostenneutral durchzuführen.« Ein zentraler Kostenfaktor sind die »unverzichtbaren Mentorenstunden für die Studierenden im Praxissemester«.

Einheitliches Lehramt

Bei der Veränderung der Lehramtsstruktur bleibt die Baumert-Kommission auf halbem Wege stehen. Positiv ist, dass es

EIN5 für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... ich eine faire Behandlung für meine KollegInnen sicherstellen möchte.

Vera Heinau, FU

ein einheitliches Lehramt für die Sekundarstufe I und II (allgemeinbildender Bereich) geben soll und damit die bisherigen Lehrämter Studienrat/rätin (L 4) und LehrerIn mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern (L 2) zusammengefasst werden (Ausnahme: Lehramt Studienrat/rätin mit beruflicher Fachrichtung). Das ist nicht nur inhaltlich aufgrund der neuen Schulstruktur (Integrierte Sekundarschulen, ISS) geboten, sondern dringend notwendig, um den entsprechenden Lehrkräftenachwuchs für die Sekundarschule auszubilden. Denn das bisherige Lehramt L 2 wird von Studierenden faktisch nicht mehr gewählt, weil es nicht attraktiv ist. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Studierenden in der Studienratslaufbahn wesentlich größer als der Bedarf in Gymnasien oder gymnasialen Oberstufen.

Ich kandidiere, weil ...

... ich gegen jede Art der Willkür von oben bin. *Hans Jürgen Rausch, Friedrichshain-Kreuzberg*

Auch in der neuen Studienstruktur sollten die berufswissenschaftlichen und schulpraktischen Anteile mindestens 30 Prozent betragen. Die Modelle der Kommission lassen daran allerdings Zweifel aufkommen.

Grundschullehrkräfte ausgenommen

Kritisch ist der Vorschlag zu sehen, ein eigenes Grundschullehramt einzurichten. Statt wie bisher ein Fach vertiefend zu studieren und damit die Lehrbefähigung bis einschließlich der zehnten Klasse zu erlangen, soll sich das Studium nun stärker an der Tätigkeit in der Grundschule ausrichten. Hier seien die Anforderungen aufgrund des vorherrschenden Klassenleiterprinzips nicht mit einem ausschließlich fachwissenschaftlich akzentuierten Studiengang für die Sekundarstufe zu verbinden. Für die Grundschulpädagogik dienten ohnehin interdisziplinär arbeitende Forschungsfelder als Referenz, heißt es als Begründung. Problematisch scheint jedoch, dass Lehrkräfte an den Grundschulen spätestens ab der fünften Klasse auch Fachunterricht erteilen. Dazu wird im Bericht der Baumert-Kommission behauptet, dass in Berlin immer wieder infrage gestellt wurde, ob das bisherige Grundschullehramt den Fachlichkeitsansprüchen genügt. Umso erstaunlicher ist es, dass die Kommission das vertiefende Fachstudium jetzt nur noch für die Fächer Sachunterricht, erste Fremdsprache, Kunst, Musik und Sport empfiehlt. Diese werden dann kombiniert mit den Lernbereichen »sprachliche Grundbildung in Mündlichkeit und Schriftlichkeit« und »mathematische Grundbildung«. Ein Germanistik- oder Mathematikstudium wäre für dieses Lehramt dann nicht mehr möglich. Damit wird das Tätigkeitsfeld deutlich auf die Grundschule beschränkt, wodurch die Durchlässigkeit von der Primar- zur Sekundarstufe gefährdet würde. Ohne ein Aufbaustudium müssen diese Lehrkräfte zukünftig an der Grundschule bleiben und können nicht bis einschließlich zur zehnten Klasse unterrichten. Selbst im Studium wäre ein Wechsel in den Sekundarbereich nach dem Bachelor-Abschluss nicht möglich. Zu befürchten ist, dass sich diese Einengung hemmend auf die Entscheidung für ein Lehramtsstudium auswirkt.

Sonderpädagogische Grundqualifikation

Zu begrüßen ist der Vorschlag, dass alle angehenden Lehrkräfte verpflichtend eine sonderpädagogische Grundqualifikation erhalten sollen. Damit kann endlich auch in der LehrerInnenbildung der inklusiven Schule Rechnung getragen werden. Bereits heute werden 45 Prozent aller SchülerInnen mit Förderbedarf an den allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Nach Berechnungen der Kommission werden in Berlin bis zum Jahr 2016 über 1.800 sonderpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Die Kommission schlägt daher vor, das eigenständige sonderpädagogische Lehramt durch den Studienschwerpunkt Sonderpädagogik/Rehabilitationswissenschaften für alle Lehrämter zu ersetzen. Als zweites Fach soll dann in allen Lehrämtern Sonderpädagogik gewählt werden können. Hier wird zu klären sein, wie das neue Modell so attraktiv gemacht werden kann, dass sich genügend Studierende auch dafür entscheiden.

Ich kandidiere, weil ...

... ich aus eigener Erfahrung weiß: Wenn ich etwas bewegen oder verändern will, brauche ich einen langen Atem. Den habe ich. *Sigrun Döring, Kandidatin als stellvertretende Gesamtfrauenvertreterin*

Ich kandidiere, weil ...

... ich darauf achten will, dass Fachpersonal in die Kitas kommt. *Auyen Müller, EB NordOst*

Eine gute Diskussionsgrundlage ist der Vorschlag, Aufbau-Masterstudiengänge vor allem für stark nachgefragte Mangelfächer und berufliche Fachrichtungen einzurichten. Damit könnten Studierende mit anderen Bachelorabschlüssen und HochschulabsolventInnen für den Beruf LehrerIn gewonnen werden. Die pädagogische und didaktische Ausbildung würde dann nicht erst mit dem jetzigen berufsbegleitenden Referendariat beginnen.

Offen lässt der Bericht die gesamte Ausgestaltung des Referendariats, die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und die Verzahnung der verschiedenen Phasen der LehrerInnenausbildung. Das war offenbar nicht ausdrücklich Auftrag der Kommission.

Schnellschüsse vermeiden

Die eigentliche Arbeit auf der Baustelle LehrerInnenbildung Berlin beginnt mit der nötigen Neufassung des Lehrerbildungsgesetzes. Dabei muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen, um zu vermeiden, dass es erneut zu Planungsfehlern kommt. Anders als bei großen Verkehrsprojekten, die man einfach mal verschieben kann, wirken sich hier Fehler über Jahre in der schulischen Bildung von Kindern und Jugendlichen aus. Der Berliner Senat und die Regierungskoalition sollten deshalb vor der Neufassung des Lehrerbildungsgesetzes eine breite öffentliche Debatte unter Einbeziehung aller Beteiligten (auch der Studierenden und LehramtsanwärterInnen) führen und auf jeden Fall Schnellschüsse vermeiden.

Die GEW BERLIN wird sich intensiv mit den Vorschlägen auseinandersetzen und ihre Positionen für das neue Lehrerbildungsgesetz erarbeiten. ■

Der komplette Bericht der »Baumert-Kommission« zur LehrerInnenausbildung ist abrufbar unter http://www.berlin.de/sen/bildung/lehrer_werden/index.html

Mehr ausbilden

Stellungnahme zur Bundestagsanhörung »Weiterentwicklung der Lehrerausbildung in Deutschland« am 25. Juni 2012 (Auszüge)*

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Andreas Keller, Bundesvorstand der GEW

Die LehrerInnenbildung in Deutschland steht vor enormen quantitativen, qualitativen und strukturellen Herausforderungen. Obwohl vor zehn Jahren ein breiter Konsens über die Ausrichtung einer qualitativen Reform bestand, ist die qualitative Weiterentwicklung in der Fläche nicht in Gang gekommen. Gleichzeitig gibt es in Deutschland einen Lehrkräftemangel, der in einzelnen Fächern, Schulformen und Regionen massiv ist. So können nach Prognosen der OECD von 100 in Deutschland in den kommenden Jahren in den Ruhestand tretenden PädagogInnen nur 60 durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Schließlich hat die Studienstrukturreform im Zuge des Bologna-Prozesses in der LehrerInnenbildung mehr Probleme erzeugt als gelöst: Während die einen Länder die lehrerbildenden Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt haben, verzichten die anderen darauf oder schaffen die neuen Abschlüsse wieder ab; wo Bachelor und Master eingeführt werden, erfolgt das nach ganz unterschiedlichen Modellen. Die Ausbildungsdauer sowohl der ersten als auch der zweiten Phase wird, vor allem wegen befürchteter besoldungs- und eingruppierungsrechtlicher Folgen, nach Schularten und Schulformen differenziert. Dieser föderale Flickenteppich schafft neue Mobilitätshindernisse für Studierende sowie Anerkennungsprobleme beim Zugang ins Referendariat sowie in den Beruf.

Hoher Einstellungsbedarf

In Deutschland herrscht bereits heute ein ernst zu nehmender Lehrkräftemangel, der sich in der Summe aller Bundesländer auf nahezu alle Fächer und Schulstufen bezieht. In den Jahren 2015 bis 2020 werden jedes Jahr über 30.000 jetzt aktive Lehrkräfte das 65. Lebensjahr erreichen. Zudem befinden sich in einigen Ländern bis zu zehn Prozent der Lehrkräfte in der aktiven Phase der Altersteilzeit, werden also vorzeitig in die Freistellung gehen. Bereits seit vielen Jahren übersteigt die Zahl der Neueinstellungen die der AbsolventInnen des Vorbereitungsdienstes. Man muss daher davon ausgehen, dass das Potenzial unversorgter »AltbewerberInnen« nahezu erschöpft sein dürfte. Hinzu kommt, dass die Teilzeitquote im Bereich der Lehrkräfte die höchste von allen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist (derzeit bei gut 40 Prozent, bei den weiblichen Lehrkräften knapp 50 Prozent). Lehrkräfte, insbesondere die 70 Prozent Lehrerinnen, die zunächst in Vollzeit ihren Dienst antreten, reduzieren häufig in den darauf folgenden Jahren familienbedingt für einige Jahre ihren Beschäftigungsumfang, ihre Teilzeitquote übersteigt diejenige der ausscheidenden älteren KollegInnen. Um den Bedarf abdecken zu können, müssen somit erheblich mehr Personen ausgebildet auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, als dies an den Vollzeitäquivalenten (VZÄ) erkennbar wird.

Zu wenig AbsolventInnen

Vor diesem Hintergrund berechnete der Bildungsforscher Klaus Klemm bereits auf Basis der Ist-Werte von 2008 für Teilzeitquoten, Verteilung der SchülerInnen auf die weiterführenden Bildungsgänge sowie Schüler-Lehrer-Relationen einen jährlichen Einstellungsbedarf von 27.000 Personen (24.500 VZÄ) bis 2015 und weiteren 25.000 (22.700 VZÄ) jährlich bis 2020. Seit 2008 ist der Anteil der SchulabgängerInnen mit Abitur, der Anteil der SchülerInnen an Ganztagsschulen sowie die Teilzeitquote weiter angestiegen. Wenn der Rückgang der SchülerInnenzahlen, wie es die Regierungschefs von Bund und Ländern beim »Bildungsgipfel« 2008 in Dresden verabredet haben, zur Verbesserung der Bildungsqualität genutzt wird, also die Zahl der Lehrkräfte konstant gehalten werden soll, müssten nach Klemm bis 2015 jährlich mindestens 38.000, danach bis 2020 jährlich mindestens 32.000 LehrerInnen neu eingestellt werden. Diese Berechnung ist wegen der seither zu beobachtenden Trends aus heutiger Sicht eher als untere Grenze anzusehen.

Diesem Bedarf steht eine deutlich geringere Zahl an AbsolventInnen von Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst gegenüber. Zwar ist die Zahl der Lehramtsstudierenden in den letzten Jahren – bei quantitativ nahezu unverändertem Lehrkörper an den Hochschulen – deutlich gestiegen: Die Kultusministerkonferenz weist für den Zeitraum 2005 bis 2010 einen Anstieg von 23.000 auf über 31.000 Absolventen von Lehramtsstudiengängen aus und rechnet damit, dass das Lehrkräfteangebot bis 2020 auf diesem Niveau verharrt.

Mehr Studienplätze schaffen

Die oben dargelegten Zusammenhänge zeigen allerdings, dass dies, anders als von der KMK postuliert, für ein pädagogisch bedarfsgerechtes LehrerInnenangebot immer noch zu wenig ist. Daher sind erstens die Studienplätze in den lehrerbildenden Studiengängen im Zuge eines bedarfs- und nachfragegerechten Ausbaus der Hochschulen aufzustocken. Heute müssen so viele Studienberechtigte ein Studium aufnehmen können, dass morgen ausreichend Nach-

EIN5 für alle!
Ich kandidiere, weil ...
... wir als Personalräte nah an allen Problemen dran sind und dran bleiben.
Mechtild Unverzagt, Neukölln

wuchslehrkräfte ausgebildet sind, die die in den Ruhestand gehenden KollegInnen ersetzen können. Außerdem sind durch die vollständige Abschaffung von Studiengebühren, eine leistungsfähige Ausbildungsförderung, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und ein leistungsfähiges System der Hochschulzulassung bestehende Hindernisse beim Hochschulzugang und für den erfolgreichen Abschluss eines Studiums zu beseitigen.

Recht auf Masterstudium

Zweitens müssen alle Bachelor-AbsolventInnen das Recht auf ein Masterstudium bekommen, denn in allen Bundesländern, die lehrerbildende Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt haben, ist die hochschulische Ausbildung zur LehrerIn in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der KMK erst mit dem Erreichen des Masterabschlusses abgeschlossen. Das setzt zum einen voraus, bestehende Zulassungsbeschränkungen (Numerus Clausus) durch eine Ausweitung der Kapazitäten im Masterbereich zu überwinden, die nicht zu Lasten der Kapazitäten in den Bachelorstudiengängen gehen darf. Der Hochschulpakt, der derzeit auf die Finanzierung eines vierjährigen Studiums ausgerichtet ist, ist entsprechend aufzustocken und zu verstetigen.

Bessere Betreuung

Drittens müssen Bund, Länder und Hochschulen gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre ergreifen. Ein wesentlicher Grund für zu hohe Abbruchquoten und zu lange Studienzeiten ist das schlechte Betreuungsverhältnis zwischen HochschullehrerInnen auf der einen Seite und Studierenden auf der anderen Seite, das fächerübergreifend an den Universitäten bei 1:60 liegt, nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrats aber 1:40 betragen sollte.

Viertens müssen die Ausbildungskapazitäten in der zweiten Phase der LehrerInnenbildung ausgebaut werden. Die GEW hat die Länder bereits 2010/11 aufgefordert, ein »Sofortprogramm für den Lehrernachwuchs« vorzulegen und umzusetzen. Die Zahl der jährlichen Einstellungen in den Vorbereitungsdienst oder ins Referendariat ist von derzeit 30.000 auf 39.000 zu erhöhen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass selbst im Falle eines schnell realisierten Aufwuchses der Kapazitäten die Mangelsituation aufgrund der Ausbildungsdauer kurzfristig nicht zu beseitigen sein wird. Gerade vor diesem Hintergrund müssen die Länder zusammenarbeiten, um jede ausgebildete Lehrkraft im System zu halten.

Attraktivität des Berufs steigern

Der Ausbau der Ausbildungskapazitäten läuft ins Leere, wenn nicht mehr junge Leute für eine Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer begeistert werden können. Der Lehrerberuf muss attraktiver werden, um die Studienberechtigten mit den besten Voraussetzungen und der höchsten Motivation für diesen anspruchsvollen Beruf zu gewinnen. Während in anderen europäischen Ländern seit vielen Jahren erfolgreich Programme aufgelegt werden, um die »Besten eines Jahrgangs« für das Lehramtsstudium zu gewinnen, gibt es in Deutschland keine vergleichbaren Überlegungen. Dabei geht es nicht nur um die notwendige Verbesserung des Images von LehrerInnen in der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Seit Beginn der 1990er Jahre wurden die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften durch Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, Erhöhung der Klassenfrequenzen, Senkung der Stundentafel und andere Maßnahmen drastisch verschlechtert – zu Lasten von Unterricht und Erziehung und letztlich auf Kosten der Schülerinnen und Schüler.

Nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte kann das Ziel, vorzeitiges stressbedingtes Ausscheiden aus dem Beruf zu vermeiden, erreicht werden. Darüber hinaus wird Lehrkräften als einziger Berufsgruppe im öffentlichen Dienst nach wie vor eine tarifvertragliche Entgeltordnung verweigert. Der Arbeitgeber Staat oktroyiert nach wie vor einseitig die Eingruppierung der Lehrkräfte und stellt diese schlechter als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der Staat ist nicht nur quasi Monopolarbeitgeber im Schulbereich, sondern auch den im Grundgesetz verankerten Grundrechten verpflichtet und hat insofern nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Tarifautonomie selbst zu realisieren und mit Leben zu erfüllen. ■

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil …

… die Probleme und Belastungen im Schulalltag täglich größer werden und BeschäftigtenvertreterInnen nötig sind wie nie zuvor. *Susanne Held, Spandau*

**Der offizielle Titel der Anhörung lautete »Öffentliches Fachgespräch zum Thema Weiterentwicklung der Lehrerausbildung in Deutschland – Stärkung der Exzellenz in der Lehrerausbildung«. Neben Andreas Keller waren als Experten geladen: Cornelia Gräsel (Universität Wuppertal), Staatssekretär Josef Lange (Niedersachsen, Kultusministerkonferenz), Jürgen Oelkers (Universität Zürich), Manfred Prenzel (Technische Universität München) und Ewald Terhart (Universität Münster).*

FOTO: GERD ALTMANN/PIXELIO

Neukölln ist überall

Notwendige Anmerkungen zum Buch von Heinz Buschkowsky

FOTO: PRIVAT

von Karla Werkentin, Schulleiterin i. R.

Gewiss zähle ich für Buschkowsky zur Gruppe der Gutmenschen, Sozialromantikerinnen, Allesversteherinnen, denen er unterstellt, dass sie keine Ahnung haben von den Problemen Neuköllns und anderer Regionen mit einem hohen Ausländeranteil. Bin ich tatsächlich in den 38 Jahren Berliner Schuldienst, in denen ich auch in Vorbereitungsklassen und Eingliederungslehrgängen für aus dem Ausland kommende Kinder und Jugendliche unterrichtet habe, blind durch die Berliner Schullandschaft gelaufen?

Viele Situationsbeschreibungen Buschkowskys sind mir sehr vertraut – allerdings schon seit mehr als 30 Jahren. So ist es zum Beispiel albern zu leugnen, dass jugendliche Migranten oft ein Verhalten an den Tag legen, gepaart mit arrogant-aggressivem Auftreten, das einen verzweifeln lässt. Aber ich habe es als langjährige Leiterin einer Hauptschule in Berlin-Weißensee mit einer fast vollständigen »ethno-deutschen« (Buschkowsky) Schülerschaft nicht als Verhaltensmuster jugendlicher Migranten erlebt, sondern als Haltung, die bestimmt wurde durch die soziale Situation ihrer Herkunftsfamilie. Bildungsfremdheit oder -feindlichkeit gepaart mit arrogant-aggressivem Auftreten ist offensichtlich »ethnounabhängig«.

Dass die Schulen mit den immer wieder neu zuziehenden Kindern, die kein Deutsch sprachen, Probleme hatten, war schon vor über 40 Jahren bekannt. Getan wurde nichts. Und wenn sich Buschkowsky jetzt darüber freut, bei einer Schulaufführung das Grips-Lied »Doof geboren ist keiner, doof wird man gemacht« zu hören, muss man ihn daran erinnern, dass dieses Lied bereits vor vierzig Jahren – 1973 – gesungen wurde. Knapp zehn Jahre zuvor war die These »Doof geboren ist keiner, doof wird man gemacht« von Georg Picht in seiner Studie »Die deutsche Bildungskatastrophe« aus dem Jahre 1964 wissenschaftlich unterlegt worden.

In den Jahrgängen 1978-1981 der Berliner Lehrerzeitung (blz) wird nahezu in jeder Ausgabe die Situation der Migrantenkinder thematisiert. Insbesondere im Heft vom Juli 1978 mit dem Themenschwerpunkt »ausländische Schüler« wurden die Probleme, die wir heute noch haben, umfassend angesprochen. Und dort wurde bereits antizipiert, was passieren wird, wenn nicht für eine gute Schulausbildung gesorgt wird. Auch der DGB machte 1978 auf seinem Bundeskongress in Hamburg »die Situation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer an unseren Schulen« zum Thema und verabschiedete Forderungen zur Verbesserung der schulischen Bildung ausländischer Schüler. Als praktizierende Lehrerin mit vielen ausländischen Kindern in meinen Klassen und als Sozialromantikerin habe ich diese Forderungen unterstützt. Der Berliner Senat (SPD/FDP) verabschiedete dagegen 1980 eine Schulgesetzänderung, die die Schulpflicht der ausländischen SchülerInnen drastisch einschränkte; ältere Schulkinder wurden in Eingliederungslehrgänge abgeschoben. SPD und FDP machten damit deutlich, was ihnen die ausländischen Schulkinder wert waren.

GEW-Mitglieder veröffentlichten 1980 das »Schwarzbuch Böhm – Dieser Stadtrat muss weg!«, in dem sie die Schulpolitik des damaligen Stadtrats für Volksbildung Böhm (SPD) und seine Amtsführung kritisierten. Buschkowsky war zu dieser Zeit Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln. Hat er sich damals angestrengt, die schulische Situation in Neukölln zu verbessern? Konnte er nicht bereits damals wissen, dass ein erheblicher Anteil Neuköllner Schulkinder miserabel ihre Herkunftssprache (türkisch oder arabisch) und natürlich auch miserabel deutsch sprachen, wenn sie die Schule verließen? Doch wahrscheinlich waren die Warnungen der Lehrkräfte und SozialpädagogInnen für ihn nur sozialromantisches Gewäsch von »faulen Säcken«.

Buschkowsky weist auf einige Neuköllner »Leuchttürme« hin, die zeigen, dass es auch anders und besser gehen kann. Doch hat er diese »Leuchttürme« geschaffen oder zumindest auf den Weg gebracht? Ich bezweifle, dass er die Konzeption für die Stadtteilmütter entwickelt, in Antragsform gebracht und dann einen freien Träger gesucht hat, der das umsetzt. Ich vermute, dass einige »Gutmenschen« die Arbeit geleistet haben und noch leisten. Auch die Gründung des »Campus Rütli« stellt sich für Eingeweihte anders dar. Man sollte die Sozialromantiker der Freudenberg-Stiftung fragen, wer da was gemacht hat!

Buschkowskys Feststellung »Das Wissen ist im Land vorhanden. Es fehlt nur am Willen der Politschwätzer, es umzusetzen« (S.320) stimme ich ohne Vorbehalt zu. Ist es aber so, dass ihn überhaupt keine Verantwortung trifft, ihm als Bezirksbürgermeister nur die Aufräumarbeit der Schäden bleibt, die andere – insbesondere die Sozialdeppen – zu verantworten haben? Buschkowsky ist seit 1980 in der Bezirksverordnetenversammlung, seit 1995 trägt er Verantwortung als Stadtrat für Jugend: Mit den Hinweisen auf die Fehler anderer »Politschwätzer« kann er sich nicht aus der Verantwortung schleichen.

Schule macht dumm

Experten klagen an!

Jedes Kind ist ein Genie. In ihm lauern ungeahnte Potentiale und Talente darauf, erweckt zu werden. Milchstraßensysteme hungriger Hirnzellen wollen Synapsen bilden, wedeln mit den Fangarmen und warten auf Futter. Mit leuchtenden Augen betritt der Erstklässler die Schule. Er will alles lernen, alles ausprobieren, alles wissen. Er will die Welt entdecken und gestalten. Er will seine Soft Skills verfeinern und im Team arbeiten. »Wie funktioniert denn nun die Photosynthese?«, fragt er bereits am zweiten Schultag die Lehrerin.

Nur wenige Jahre reichen indes, um jedem Schulkind Begeisterung und Neugier auszutreiben. Kindlicher Lerneifer mutiert zu Passivität und Desinteresse. Dicke, faule Teenager hängen in den Stühlen und wollen vom Lehrkörper überhaupt nichts mehr wissen. Sobald die Schulzeit vorbei ist, vergessen sie spontan 90 Prozent des Lernstoffs, weiß der berühmte Hirnforscher Hüther (»Inzwischen wundere ich mich selbst, wieviele Bücher, Texte, Interviews und sonstige populärwissenschaftliche Beiträge ich inzwischen verfasst habe«, verkündet er stolz auf seiner Website).

Neurobiologen, Journalisten, Eltern und Philosophen beklagen regelmäßig, dass Deutschlands Lehrerinnen und Lehrer diesen traurigen Wandel verursachen. Wie gelingt ihnen das bloß? Eigentlich doch eine erstaunliche Leistung, der kindlichen Lernfreude so effektiv entgegenzuwirken. Dazu gehören viel Sturheit und Willenskraft. Man kann nicht oft genug meinen Nachbarn, den Physiker, zitieren, der bei unserem ersten Zusammentreffen befriedigt feststellte: »Die Dümmsten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden!« (Was sollten sie auch machen? Die Stellen für Physiker und Neurobiologen waren schließlich schon besetzt.) Diese unterbelichteten Lehrer haben nie ein ehrliches Erwachsenenleben geführt, sich nie dem Wettbewerb der freien Wirtschaft gestellt. Am wohlsten fühlen sie sich dort, wo ihnen niemand über den Kopf wächst: in der Schule – weit weg vom wahren Leben. So der breite Konsens, wenn es um Lehrer geht – egal, ob in Printmedien, Chats oder auf Grillfeten.

Der Weg zurück in die Schule ist zunächst steinig und schwer. Pädagogische Feuerwerker an Universität und Seminar verlangen eine Menge. Vor allem Dinge, die sie in der Praxis selber nie erprobt haben. Im Referendariat muss sich der Lehramtskandidat noch richtig um Methodenvielfalt bemühen. Natürlich weiß er da schon, dass modischer Firlefanz wie Lernbuffets wenig bringt. Sobald er fest im Schulsattel sitzt, vergisst er alle methodischen Finessen. Er legt Scheuklappen an, schiebt das White Board beiseite und schwingt die Peitsche des Frontalunterrichts. Über Nacht schließt er sich der geheimen Verschwörung der Lehrerschaft an: Wie merze ich im Kind nachhaltig Neugier und Lerneifer aus? Wie mache ich aus interessierten Schülerinnen und Schülern dröges, dumpfes Mittelmaß? Wie stutze ich den Wildwuchs von Freiarbeit und Binnendifferenzierung?

Endlich kann sich der fest angestellte Lehrer selbst verwirklichen, d. h. die eigene Unfähigkeit verschleiern: mit Zensuren drohen und Wohlverhalten erzwingen, alle über einen Kamm scheren, sortieren und auslesen. Die ihm ausgelieferte Klientel steckt der Lehrer vom ersten Tag an in Schubladen: Mädchen sind fleißig, Jungen faul und intelligent, Kevin, Chantalle und Orhan werden es nie zu etwas bringen, der Sohn vom Kunstprofessor schaut schon so pfiffig, und wo die Tochter der Kellnerin landet, ist eh klar. Hochbegabung hält der Lehrer für eine fixe Idee der jeweiligen Eltern, ADS für reine Erziehungsdefizite. Von Fortbildungen lässt er die Finger: »Diese Schulflüchtlinge wollen mir erklären, wie Unterricht geht? Die halten doch selber keine fünf Minuten vor einer 9. Klasse durch!«

Statt den Schülerflüsterer zu geben, spielt der Lehrer lieber Feuerlöscher. Jede noch so kleine Flamme im Schülerhirn wird konsequent erstickt. Frei von Selbstzweifeln zieht der Lehrer seinen Stoff durch, beruft sich auf Lehrpläne, Vorgaben und Vorgesetzte – und auf die Allgemeinbildung, die er angeblich vermitteln muss. Er ist erst zufrieden, wenn alle Schüler brav vor ihm sitzen und im gleichen Tempo von der Tafel abschreiben. Dass das deutsche Schulsystem wegen dieser Arbeitshaltung in wenigen Jahren zusammenbrechen wird, wie es Dr. Hüther aus Göttingen prophezeit, ist ihm herzlich egal. Dann ist er hoffentlich schon pensioniert und kann grinsend in der Zeitung lesen, wie Professor Hüther durch seine Potentialentwicklungscoachs das Bildungswesen rettet: »Jedes Kind ist hoch begabt, wir müssen es nur erkennen. Lernen muss so schön sein, dass Kinder weinen, wenn sie Ferien haben.« *) *Gabriele Frydrych*

*) *So bei www.amazon.de die Ankündigung zum Werk von Gerald Hüther und Uli Hauser: »Jedes Kind ist hoch begabt. Die angeborenen Talente unserer Kinder und was wir aus ihnen machen«, erschienen 2012)*

EINE für alle!

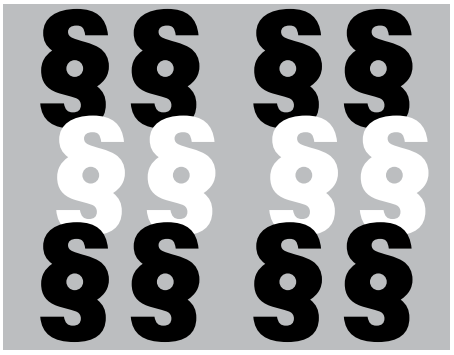
Ich kandidiere, weil ...

... alternsgerechte Arbeitsbedingungen an Schulen nicht vom Himmel fallen.

Kerstin Trögel, Treptow-Köpenick

Wir halten dagegen

Berliner Senat will Langzeitarbeitszeitkonten abwickeln



von Holger Dehring, Vorstandsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik

Neues setzt sich bekanntlich immer nur schwer durch. Es entsteht oft der Verdacht, dass hier wieder einmal eine Verschlechterung schöngeredet werden soll. Unseren Kompromiss-Vorschlag haben wir allerdings breit diskutiert, dort wurden auch ausführlich die Vor- und Nachteile erörtert. Wir finden, dass wir einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiss gefunden haben. Allerdings: Wir wissen noch nicht, ob die Senatsbildung das auch so sieht.

Um was geht es?

Die Berliner Koalition aus SPD und CDU hat sich in der Koalitionsvereinbarung unter der Überschrift »Unterrichtsausfall verhindern – Lehrermangel stoppen« auf die folgende Aussage verständigt: »Die Koalition wird den weiteren Aufbau von Lebensarbeitszeitkonten beenden. »Zur Auflösung der bestehenden Lebensarbeitszeitkonten erfolgt ein Angebot, das Unterrichtsausfall vermeidet.«

Nachdem die Senatsbildungsverwaltung an die GEW BERLIN herangetreten war, wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, wie so ein Ausgleich geregelt werden könnte. Auf den Mitgliederversammlungen der GEW-Bezirke wurden diese dann diskutiert und dann hat der Landesvorstand der GEW BERLIN auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse am 15. Oktober einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Unser Vorschlag

Getreu dem Motto »ALTE STÄRKEN – Junge auch« besteht der Kern dieses Vorschlages darin, älteren Lehrkräften eine Altersermäßigung zu gewähren und im Gegenzug dafür jüngeren Lehrkräften ein weiteres Anwachsen der Arbeitszeitkonten zu ermöglichen. Eine solche Regelung führt bei den älteren Lehrkräften zu einer sofortigen Entlastung, bei jüngeren Lehrkräften wird dagegen der Status quo erhalten. Zwar werden bei unserem Vorschlag die Lebensarbeitszeitkonten nicht vollständig abgebaut, bei den Jüngeren Lehrkräften bleiben sie ja weiterhin bestehen, aber unser Vorschlag bezieht – anders als die Vorschläge der Senatsbildungsverwaltung – alle Beschäftigten mit ein und stellt darüber hinaus sicher, dass es keine erneuten Benachteiligungen gibt.

Wie geht es weiter?

Dieser Vorschlag wurde am 16. Oktober 2012 der Senatsbildungsverwaltung, Staatssekretär Mark Rackles, übersandt und soll mit ihm am 29. Oktober 2012 besprochen werden. Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung war nicht abzusehen, ob sich die Senatsbildungsverwaltung mit uns auf diesen Weg begibt.

Eines ist jedoch klar, ohne Unterstützung durch die Betroffenen wird es »nur« ein Vorschlag bleiben. Deswegen müssen zumindest die Betroffenen bereit sein, sich aktiv mit für ihre Interessen einzusetzen: Gewerkschaften leben von aktiven Mitgliedern!

Um den aktuellen Stand der Dinge zu erfahren, bitte die Internetseite der GEW BERLIN aufrufen: www.gew-berlin.de

GÜTERICHTERVERFAHREN BEIM ARBEITSGERICHT BERLIN

Ein Rechtsstreit vor den Gerichten für Arbeitssachen kann seit Juli 2012 mit Einverständnis der Parteien an einen Güterichter verwiesen werden. In dem Güterichterverfahren wird unter Einsatz aller Methoden der Konfliktbereinigung einschließlich der Mediation versucht, eine einvernehmliche Lösung zu finden, die sich nicht auf den anhängigen Rechtsstreit beschränken muss. Führt das Güterichterverfahren nicht zum Erfolg, wird der Rechtsstreit fortgesetzt.

MEINUNGSFREIHEIT DECKT IM STREIK AUCH KRÄFTIGE AUSDRÜCKE

Im Arbeitskampf können im Einzelfall auch zugespitzte Äußerungen zulässig sein. Das hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Düsseldorf in einem Fall entschieden, in dem streikende Arbeitnehmer in Sprechchören ihrem Unternehmen vorgeworfen hatten, es »betrüge« und »bescheiße«. Von den anwesenden Gewerkschaftssekretären verlangte das Unternehmen die umstrittenen Äußerungen künftig zu unterlassen und entsprechend auf die Streikenden einzuwirken. Das LAG folgte diesem Begehr nicht. Die Äußerungen seien im Gesamtzusammenhang nicht als Tatsachenbehauptungen im strafrechtlichen Sinne zu werten. Es habe sich um zugespitzte Äußerungen gehandelt, mit denen die Arbeitnehmer zum Ausdruck gebracht hätten, dass sie sich wegen des Wechsels der Firma in eine Verbandsmitgliedschaft ohne Tarifbindung »betrogen« gefühlt hätten. Die Äußerungen seien von der Meinungsfreiheit gedeckt. Aktenzeichen: 8 SaGa 14/12

Fortsetzung Seite 21

Mitbestimmen, wählen gehen

Ab Ende November 2012 werden die Personalräte und Frauenvertreterinnen gewählt

Bis zum 15. Dezember 2012 werden die Beschäftigtenvertretungen der Kita-Eigenbetriebe, der Schulen und des öffentlichen Dienstes gewählt. Die PädagogInnen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen wählen bis zum 28. November 2012 insgesamt sieben Beschäftigtenvertretungen. Die Kita-Eigenbetriebe ziehen nach. Damit wird einem wesentlichen Grundrecht der abhängig Beschäftigten entsprochen, Artikel 25 der Verfassung von Berlin gibt vor: »Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaft und Verwaltung ist durch Gesetz zu gewährleisten.«

Auf der Basis des Berliner Personalvertretungsgesetzes und des Landesgleichstellungsgesetzes mischen sich die von euch gewählten Personalräte und Frauenvertreterinnen in die Dienstgeschäfte ein. Diese gelebte Demokratie ist nicht immer bequem. Etwa wenn in den Monatsgesprächen Fragen zum Personalbestand, zu den Arbeitsbedingungen, zu Umsetzungen und Vertretungseinstellungen beantwortet werden sollen. Oder wenn bei Einzelpersonalangelegenheiten der Personalrat und die Frauenvertreterin angehört oder gar um Zustimmung gebeten werden müssen.

Die Interessen der Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Personalvertretungen: Die Kriterien für eine Auswahl bei Einstellungen und Beförderungen sind Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – nicht Unkompliziertheit und Sympathie. Bei der Eingruppierung sind alle Vordienstzeiten und beruflichen Erfahrungen zu berücksichtigen. Wenn langzeiterkrankte KollegInnen künftig schneller in den Ruhestand versetzt werden sollen, dann müssen zuvor alle Möglichkeiten genutzt worden sein, den Gesundungs- und Eingliederungsprozess zu fördern.

Die Personalräte geraten bei ihrer Arbeit auch schon mal zwischen die Mühlsteine, etwa wenn sie sich aktiv gegen prekäre Beschäftigung wehren oder sich für qualifizierte pädagogische Arbeit einsetzen, gleichzeitig aber die personellen Nöte in einzelnen Schulen berücksichtigen sollen. Die Einstellungen von Vertretungslehrkräften im Rahmen der Personalkostenbudgetierung, von Ein-Euro-Jobbern und Teach First sind Beispiele für manche Zerreißprobe. Aus gewerkschaftlicher Sicht gilt, dass die Schulen so auszustatten sind, dass sie ihrem Auftrag gerecht werden können. Die vom Senat definierte 100-Prozent-Personalausstattung ist unzureichend, denn eine feste Vertretungsreserve gehört zusätzlich an jede Einzelschule und für zusätzliche Aufgaben muss auch zusätzliches Personal her.

Erfolge konnten die Beschäftigtenvertretungen für die Lehrkräfte mit einjährigem Master und einjährigem Referendariat erringen. Sie werden jetzt wieder nach E 13 und nicht mehr nach E 11 bezahlt. Ebenso werden jetzt ausländische Lehrkräfte, die in ihrer Muttersprache unterrichten, gleichbehandelt wie ihre deutschen KollegInnen. Zudem wurden ErzieherInnen mit alten Teilzeitverträgen endlich aufgestockt und die Neueingestellten erhalten jetzt unbefristete Vollzeitverträge.

Die GEW BERLIN unterstützt aktiv ihre BeschäftigtenvertreterInnen. Wir qualifizieren sie in Seminaren und stehen im regelmäßigen Austausch mit ihnen. Bei euren GEW-PersonalrätInnen und Frauenvertreterinnen findet ihr ein offenes Ohr für eure Probleme. Deshalb: Unterstützt die GEW-PersonalrätInnen, geht zur Wahl und wählt die VertreterInnen der GEW BERLIN.

S.Baumgardt, D. Siebernik, H.Schurig (Vorsitzende GEW BERLIN)

Wir setzen uns für euch ein

Dagmar Poetzsch

Klaus Schroeder

Marion Leibnitz

ALLE FOTOS: KAY HERSCHELMANN

Der Hauptpersonalrat (HPR)
Er besteht aus 31 Mitgliedern und ist für alles zuständig, was der Senat oder einzelne Senatoren sich so ausdenken und was die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betrifft, ob in den Schulen oder Kindertageseinrichtungen, bei der Polizei und Feuerwehr oder bei den Bezirksämtern und Senatsdienststellen.

Deshalb ist für die Wahl zum HPR eine DGB-Liste aufgestellt worden, mit der die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam antreten. Für die GEW arbeiten Dagmar Poetzsch, Udo Mertens und Klaus Schroeder im Vorstand des HPR, Klaus Schroeder als Vorsitzender. Dass für die KollegInnen dabei auch Einiges herauskommt, wurde in den letzten Jahren bewiesen. Hier sei auf die Erfolge in der Eingruppierung von ArbeitnehmerInnen verwiesen wie auf die Dienstvereinbarungen zu »egovernment@school« oder »Qualifizierung«.

Es lohnt sich, den HPR und die erfahrenen GEW-KollegInnen zu stärken.

Dagmar Poetzsch, Udo Mertens, Klaus Schroeder

Personalräte im Schulbereich

Der Gesamtpersonalrat (GPR)
Der GPR ist für allgemeine überregionale Personalangelegenheiten im Schulbereich zuständig, die nicht dem Hauptpersonalrat zugeordnet sind. Dazu gehören Ausschreibungen für Funktionsstellen und Einstellungen, Versetzungen von Lehrkräften aus anderen Bundesländern nach Berlin und umgekehrt, Wechsel aus einem Kita-Eigenbetrieb in den Schulbereich und umgekehrt.

Fünf gute Gründe, die GEW-Liste für den Gesamtpersonalrat zu wählen:

1. GEW-Personalräte sind gut geschult und ein hartnäckiger Widerpart zum Leiter der Abteilung I, dem Herrn über das gesamte schulische Personal.
2. GEW-Personalräte treten für transparente Regelungen ein, die in Dienstvereinbarungen verankert werden: Umsetzungen, Gesundheitsmanagement, Mobbing, Suchtprophylaxe.
3. GEW-Personalräte stimmen sich untereinander ab und können somit Einfluss auf überregionale Entscheidungen nehmen.
4. GEW-Personalräte lassen sich durch fachversierte Anwälte beraten.
5. GEW-Personalräte machen sich auch für Fragen stark, die nur einen Teil der Beschäftigten betreffen, beispielsweise Weiterbildung zur Facherzieherin für Integration, Auswahl und Einsatz von ErzieherInnen mit berufsbegleitender Ausbildung.

Marion Leibnitz

Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen (PRzbS)
Vertreten werden von uns nicht nur Lehrkräfte, sondern alle Beschäftigten einer Schule. Dementsprechend legen wir in der Zusammensetzung unseres Personalrates Wert darauf, etwas von der Vielfalt abzubilden. Stellvertretend für viele Erfolge hier drei besondere:

- Die Dienstvereinbarung Personalungleichgewichte (DV Umsetzungen) bietet einen dreijährigen Umsetzungsschutz für umsetzungsbedrohte KollegInnen.
- Zusammen mit dem HPR haben wir erreicht, dass es für die NichtschülerInnenprüfungen an sozialpädagogischen Schulen eine Entlastung von 52 Unterrichtsstunden gibt.
- Alle befristet Beschäftigten des verwaltenden und technisch-gewerblichen Personals erhalten unbefristete Arbeitsverträge.

Wie bisher wollen wir kompetent beraten, auch bei kniffligen Fragen und Problemstellungen. Wir bieten jedem und jeder schnelle Hilfe und Problemlösung. Wichtig ist der größtmögliche Schutz der/des einzelnen Beschäftigten vor der Willkür einer zentralen Verwaltung.

GEW-Fraktion des PRzbS

Personalrat LehramtsanwärterInnen
Seit vielen Jahren stellt die GEW BERLIN sämtliche Mitglieder des Personalrats der LehramtsanwärterInnen (PR LAA). Für die kommende einjährige Wahlperiode werden wieder über 30 KollegInnen kandidieren. Im letzten Jahr hat sich der Personalrat vor allem mit der Einführung der neuen Ausbildungsstruktur (Modularisierung) auseinandergesetzt und dazu konstruktive Gespräche mit der Senatsbildungsverwaltung geführt. Er hat sich die zunehmenden Beschwerden über Diskriminierungen im Referendariat zum Thema gemacht und sein Informations- und Beratungsangebot (auch unter: www.pr-laa.de) deutlich ausgebaut. Dazu gehören die Teilnahme an Präventionsgesprächen, die Prüfungsbegleitung und die individuelle Beratung. Die Zahl der Beratungsfälle hat deutlich zugenommen, was sicher daran liegt, dass der PR LAA bekannter und anerkannter geworden ist.

Matthias Jähne

Wahlen auch im Lette-Verein
Als Stiftung öffentlichen Rechts gehören wir organisatorisch nicht zur Berliner Verwaltung und auch nicht zur Berliner Schule. In weiten Bereichen sind wir deshalb für uns selbst verantwortlich. Von »oben« wird unsere Stiftungsleitung überwacht von der Senatsverwaltung für Bildung. Ein Korrektiv auch von »unten« ist als Gegengewicht unerlässlich – gerade in Zeiten knapper Kassen!

In den letzten Legislaturperioden waren wir mit über 60 Prozent Wahlbeteiligung gut aufgestellt. Unser kleiner Personalrat besteht aus sieben Mitgliedern. Jeder kennt jeden, es gibt für kein Personalratsmitglied eine vollständige Freistellung und es gibt keine Listen-, sondern eine Personenwahl. Am 27. und 28. November 2012 finden die Wahlen auch im Lette-Verein statt.

Bernd Jansen

Personalratsarbeit in den Regionen

In den zwölf Regionen Berlins gibt es für den Schulbereich jeweils einen Personalrat. Vier Beispiele, stellvertretend für alle Regionen, charakterisieren deren Arbeit.

Sigrid Baumgardt

Doreen Siebernik

Sigrun Döring

Laura Pinnig

Christiane Weißhoff

Rainer Hansel

Mitte: Ich kandidiere und will weiter im Personalrat arbeiten, nicht nur weil es gut tut, wenn nach einer längeren Beratung eine E-Mail kommt, in der uns ausdrücklich gedankt wird für die kompetente, verständnisvolle Unterstützung. Solche Rückmeldungen zeigen, wie wichtig Personalratsarbeit vor allem für die KollegInnen ist, die in schwierigen Lebenslagen kompetenten Rat suchen. Dadurch verliert das eigentliche »Kerngeschäft« unserer Tätigkeit – die Wahrnehmung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte – keineswegs an Bedeutung. Im Gegenteil: Erst die Wahrnehmung und Durchsetzung von Rechten und die konkrete Unterstützung und Beratung in Einzelfällen zeichnen die Arbeit der Beschäftigtenvertretung aus – und machen sie unverzichtbar. *B.L.*

Friedrichshain-Kreuzberg: Unsere Beratungstätigkeit hat sich zunehmend auf die Schwerpunkte Arbeitsbelastung, Arbeitssicherheit an den Schulen, Prävention und Ruhestandsberatung verlagert. Eine traditionelle Aufgabe der Personalräte, die Bearbeitung und Mitbestimmung bei Einstellungen, hat sich durch die absurde »PKB-Regelung« zu einer zeitlichen Belastung entwickelt, die in keinem Verhältnis zum Effekt steht. Abzusehen ist schon ein weiteres sehr schwieriges Arbeitsgebiet, die dringend notwendige Beratung der bezirklichen Schulaufsicht in all ihren Zuständigkeiten. Die Reaktionen der bezirklichen Schulaufsicht auf unsere Vorschläge machen für die kommende Wahlperiode eine bisher nicht vorgesehene Funktion innerhalb des Gremiums notwendig: die Wahl eines Pressesprechers. *H.J.R*

Charlottenburg-Wilmersdorf: Für 2.700 KollegInnen an 51 Schulen leisten wir erfolgreiche Arbeit, die durch vielfältige Rückmeldungen von Beschäftigten immer wieder bestätigt wird. Beispielhaft für unser Engagement:

- korrekte Eingruppierung = mehr Geld – wir prüfen gewissenhaft
- Ruhestand? – wir beraten individuell
- Präventionsgespräche und Hamburger Modell – wir informieren sachkundig
- Konflikte mit Schulleitungen und Schulaufsicht – wir unterstützen nachhaltig
- Recht haben und Recht bekommen ist nicht dasselbe – wir helfen kompetent

GEW-Fraktion PR Charlottenburg-Wilmersdorf

Tempelhof-Schöneberg: Ein Schwerpunkt unserer Arbeit war, ist und wird auch in Zukunft sein, dass wir für eine korrekte Eingruppierung/Bezahlung sowohl bei den Lehrkräften als auch beim sonstigen pädagogischen Personal sorgen. Mitbestimmungsvorlagen zur Eingruppierung werden uns inzwischen selbstverständlich vorgelegt, aber leider sind diese in vielen Fällen falsch. Deshalb prüfen wir genau und lehnen im Zweifel konsequent ab. Das bedeutet dann schon mal 200 bis 300 Euro monatlich mehr Geld in der Tasche. *A.S.*

Frauenvertreterinnen im Schulbereich

Gesamtfrauenvertreterin

In unseren Schulen entstehen gravierende Probleme oft mit dem Eintritt ins Referendariat. Als Gesamtfrauenvertreterin kämpfe ich regelmäßig für junge Mütter, die vielfach äußerst schlechte Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Ausbildungsphase vorfinden. Das Thema der Vereinbarkeit wird so zu einer Überlebensfrage. Wenn es in der Auseinandersetzung mit der Senatsschulverwaltung gelingt, die individuellen Bedingungen für Frauen und Männer, für Mütter und Väter zu verbessern, wird ziemlich schnell klar, dass Gleichstellungsfragen keineswegs überflüssig sind.

Es ist wichtiger denn je, verlässliche Strukturen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im schulischen Alltag zu verankern, und zwar sowohl für die Betreuung von Kindern als auch für die Pflege von Angehörigen, denn die Arbeits- und Rahmenbedingungen verschärfen sich zunehmend. Nach wie vor sind über 70 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen. Nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) werden wir an allen personellen, organisatorischen und strukturellen Maßnahmen beteiligt. Die Erarbeitung des Frauenförderplans ist dabei ein wichtiger Teil. Erfolgreich konnten wir hier Regelungen zu familiengerechten Arbeitszeiten, zum beruflichen Aufstieg und zu Fort- und Weiterbildungen vereinbaren. Diese Vereinbarungen gilt es bekannt zu machen und deren Umsetzung einzufordern. Wir Frauenvertreterinnen verstehen uns als Wächterinnen über das LGG.

Als neue stellvertretende Gesamtfrauenvertreterin kandidiert Sigrun Döring, langjährige Personalrätin der Region Marzahn-Hellersdorf. Zusätzlich kandidiert Laura Pinnig als Nachrückerin der Gesamtfrauenvertreterin.

Beteiligt euch an den Wahlen. Denn eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Amt und unsere tägliche Arbeit. *Doreen Siebernik*

Frauenvertreterinnen in den Regionen

(Foto nächste Seite)

Bärbel Lange: Mit guter Gesundheitsprävention wurde so manche Lehrerin und Erzieherin vor dem ungewollten Ruhestand geschützt.

Barbara Dobschall: Kommunikation, Beratung und Vermittlung bei vielen Maßnahmen sind unverzichtbar.

Marion Rink: Durch intensive Begleitung der Frauen bei Umsetzungsanträgen konnten familiengerechte Arbeitszeiten geschaffen werden.

Birgitt Nahrstedt: Mit großer Freude teilen mir die Lichtenberger Schulleitungen zunehmend Schwangerschaften von Lehrerinnen und Erzieherinnen mit. Der pädagogische Nachwuchs ist herzlich willkommen, weil gute Regelungen für die Vertretung organisiert werden.

Ursula Kinne: Unzählige, vertrauliche Beratungsgespräche zu den unterschiedlichsten Themenbereichen zeigen, wie wichtig unsere Arbeit ist.

Die Frauenvertreterinnen v.l.n.r.: Marion Rink (Marzahn-Hellersdorf), Doreen Siebernik (Gesamtfrauenvertreterin),Dagmar Trommler (Friedrichshain-Kreuzberg), Leonore Darmer (Pankow), Caren Groneberg (kandidiert nicht mehr), Marion Nowara-Seifert (Neukölln), Bärbel Lange (Reinickendorf), Elke Gabriel (Tempelhof-Schöneberg), Martina Brömme (zentral verwaltete und berufsbildende Schulen), Barbara Dobschall (Mitte), Hiltrud Quast (Charlottenburg-Wilmersdorf), Ursula Kinne (Spandau) FOTO: KAY HERRSCHELMANN

Marion Nowara-Seifert: Zu meiner großen Freude verbreitet sich durch das Engagement der Frauenvertretung die Einsicht zur notwendigen Vereinbarkeit von Beruf mit Familie und Pflege endlich immer mehr.
Hiltrud Quast: Zwar ist noch nicht der große Gleichstellungsdurchbruch vollzogen, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Kita-Eigenbetrieb und Bezirksämter

Kita-Eigenbetriebe: Die Rahmenbedingungen bei den fünf Kita-Eigenbetrieben bilden eine gute Grundlage, um diese verantwortungsvolle Arbeit zu leisten.

Die GEW-VertreterInnen in den Personalräten achten dabei besonders auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen: Anschaffung von ergonomischen Stühlen, Aufstiegshilfen für Wickeltische, Maßnahmen zur Lärmminderung. Die Regelungen der Arbeitszeiten unter Berücksichtigung der Gewährung von Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit wurden weiterentwickelt. Wir haben Dienstvereinbarungen mit den einzelnen Geschäftsleitungen abgeschlossen. Die Beteiligungen des Personalrats bei Ausschreibungen von Stellen, Bewerbungs- und Auswahlverfahren, befristeten und unbefristeten Einstellungen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Einstellung von QuereinsteigerInnen und KollegInnen in berufsbegleitender Ausbildung führt auch zu Veränderungen in den Kitas, die vom Personalrat begleitet werden. Dauerbrenner waren und sind die veränderten Arbeitsaufgaben und die unzureichende Personalausstattung in den Kitas. Durch die Gewinnung von weiteren Sitzen in den Personalräten wollen wir unsere Position ausbauen und unsere Durchsetzungsmöglichkeiten verbessern. Deshalb ist es wichtig, sich an der Wahl zu beteiligen und GEW zu wählen. *Christiane Weißhoff*

Bezirksamt Mitte: Die GEW-VertreterInnen im Personalrat haben sich in der vergangenen Wahlperiode intensiv mit dem Gesundheitsmanagement und der Umsetzung von geeigneten Maßnahmen beschäftigt. Gefährdungsbeurteilungen sowie die zeitnahe Bearbeitung von Überlastungsanzeigen wurden eingefordert. In den Personalversammlungen haben wir die Arbeitsbedingungen und Belastungen in den Arbeitsbereichen thematisiert. Im Bezirksamt Mitte sollen Kürzungen im Umfang von 233 Stellen vorgenommen werden. Um hier die KollegInnen vor Arbeitsplatzverlust und weiterer Arbeitsverdichtung zu schützen, benötigt man einen starken Personalrat. Deswegen treten wir im Bezirksamt Mitte im Bereich der BeamtInnen mit einer GEW-Liste an. *Heike Schlizio-Jahnke*

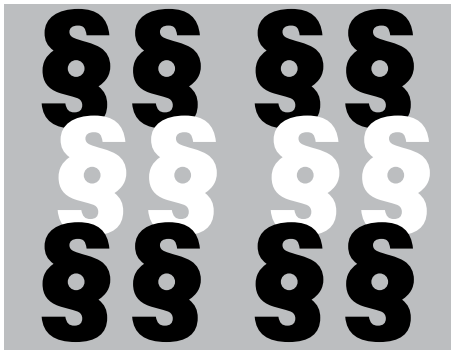
Bezirksamt Lichtenberg: Bei der letzten Wahl im Jahr 2008 ist es uns gelungen, zusammen mit der GdP und der IG BAU in den örtlichen Personalrat einzuziehen. Von zwölf Mandaten haben wir vier Sitze im Bereich der ArbeitnehmerInnen geholt. Wir haben im Personalrat wichtige Impulse gesetzt, beispielsweise bei der Entfristung von Stellen und der Transparenz bei Ausschreibungen und Stellenbesetzungen. Und die zunehmende Arbeitsverdichtung im Sozial- und Jugendamt ist ein Thema, das auch zukünftig wichtig bleibt. SozialarbeiterInnen aus Sozialamt und Jugendamt sind das Rückgrat unserer Betriebsgruppe und bilden unser WählerInnenpotenzial. Unsere Liste »Gemeinsam für Euch« hat gute Chancen, dass eine zweite GEW-Kollegin als ordentliches Mitglied in den Personalrat gewählt wird. *Kathrin Haese*

Hochschulen und Universitäten

Die GEW BERLIN tritt mit eigenen Wahlvorschlägen in der Humboldt-Universität (HU) und der Freien Universität (FU) an. In der HU gibt es GEW-Listen für die Gruppen der ArbeitnehmerInnen und der BeamtInnen für den örtlichen Personalrat des Hochschulbereichs und für den Gesamtpersonalrat. In der FU kandidiert die GEW für die Gruppe der ArbeitnehmerInnen im Personalrat Dahlem.

In der letzten Wahlperiode haben die GEW-Personalräte in HU und FU vor allem bei der Einführung des TV-L und der Überleitung der Beschäftigten in das neue Tarifsystem viel Zeit und Kraft investiert. Es ist ein Verdienst der GEW-Personalräte, dass die Überleitung in den TV-L nahezu »geräuschlos« vonstatten ging. Die Arbeitsverdichtung, die Personalausstattung bei steigenden Studierendenzahlen und die prekäre Situation des Mittelbaus beschäftigen uns weiterhin. Dazu gehört auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir haben das Thema psychische Belastungen am Arbeitsplatz offensiv aufgegriffen und aus der Grauzone geholt.

Neben HU und FU wird die GEW BERLIN erstmals seit längerer Zeit wieder in der Beuth Hochschule für Technik mit einer Liste antreten. In der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) wird es für die Gruppe der ArbeitnehmerInnen eine gemeinsame ver.di-GEW-Liste geben. GEW-Mitglieder kandidieren auch für die Personalräte in der TU Berlin, der Alice-Salomon-Hochschule und der Akademie der Wissenschaften. *Matthias Jähne*



LEKTORIN BEKOMMT UNBEFRISTETEN ARBEITSVERTRAG

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 1. Juni 2011 ein Urteil gefällt, dass der Arbeitsvertrag mit einer Lektorin entfristet werden muss. Klägerin war eine von der GEW betreute Lehrkraft für besondere Aufgaben für Japanisch, die bereits promoviert ist und nach der Promotion nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) befristet wurde. Das BAG hat nun festgestellt, dass dies unzulässig ist, da der persönliche Geltungsbereich des WissZeitVG eine solche Befristung nicht zulasse. Für Fremdsprachenlektoren verneint das BAG die wissenschaftliche Tätigkeit, weswegen hier in der Regel nicht nach dem WissZeitVG befristet beschäftigt werden kann. Aber auch andere Personengruppen, deren Stelle nicht typischerweise zu einer Qualifizierung (Promotion, Habilitation) führt und die nicht überwiegend wissenschaftlich im Sinne der Rechtsprechung tätig sind, können in der Regel nicht nach dem WissZeitVG befristet werden.

Wer zum betroffenen Personenkreis gehört, Mitglied der GEW ist und im Sinne der Rechtsschutzrichtlinien der GEW berechtigt ist, sollte die Landesrechtsschutzstelle prüfen lassen, ob eine Entfristungsklage Aussicht auf Erfolg hat. Wenn das der Fall ist, kann Rechtsschutz durch die DGB Rechtsschutz GmbH gewährt werden. Wichtig: Die GEW übernimmt die Kosten aber nicht, wenn man selbstständig tätig wird. Denn Entfristungsverfahren haben in der Regel einen hohen Streitwert und sind entsprechend teuer. Achtung: Entfristungsklagen müssen spätestens drei Wochen nach Befristungsende eingereicht werden!

EINE GEW für alle! Ich kandidiere, weil ...

... ich neugierig bin, mich einmischen möchte und mitgestalten will. *Steffi Wismayer, EB SüdWest*

SCHWANGERSCHAFT IST KEINE KRANKHEIT

Seit 2012 können Kinderbetreuungskosten abgezogen werden, ohne dass persönliche Abzugsvoraussetzungen bei den Eltern vorliegen müssen. Beim vorliegenden Urteil des Bundesfinanzhofes geht es um das Streitjahr 2006, damals konnten derartige Kinderbetreuungskosten nur bei Vorliegen besonderer persönlicher Abzugsvoraussetzungen steuerlich berücksichtigt werden. Wir zitieren die Presseerklärung des Gerichts wegen der bemerkenswerten Definition der Schwangerschaft: Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 5. Juli 2012 III R 80/09 entschieden, dass die Kosten einer Tagesmutter nicht steuerlich geltend gemacht werden können, wenn ein Elternteil erwerbstätig und der andere Elternteil schwanger ist. Denn eine Schwangerschaft als solche stellt keine Krankheit im Sinne des Gesetzes dar. Die Schwangerschaft konnte nicht als Krankheit gewertet werden, weil es sich hierbei nicht um einen regelwidrigen körperlichen Zustand handelt.

BERLINER RECHTSPRAXIS ZUM UMGANG MIT BESCHNEIDUNGEN

Für die Zeit, in der eine bundesgesetzliche Regelung noch nicht geschaffen worden ist, wird in Berlin grundsätzlich von der strafrechtlichen Verfolgung von religiös motivierten Beschneidungen abgesehen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Beide Elternteile bzw. die Sorgeberechtigten willigen schriftlich ein, nachdem sie ausführlich über die gesundheitlichen Risiken des Eingriffs aufgeklärt wurden.
- Die Eltern weisen die religiöse Motivation und die religiöse Notwendigkeit der Beschneidung vor Religionsmündigkeit des Kindes nach (etwa zusammen mit der Einwilligungserklärung oder durch eine Bestätigung der jeweiligen Religionsgemeinschaft).
- Der Eingriff wird nach medizinisch fachgerechtem Standard vorgenommen. Dazu gehören insbesondere die Sterilität der Umgebung sowie der medizinischen Hilfsmittel, eine größtmögliche Schmerzfreiheit und eine blutstillende Versorgung. Nach jetzigem Stand kann den Eingriff nur ein approbierter Arzt oder eine approbierte Ärztin durchführen.

Fehlen eine oder mehrere Voraussetzungen, ist die Strafbarkeit jeweils im Einzelfall durch Staatsanwälte und Gerichte zu prüfen.

EINE GEW für alle! Ich kandidiere, weil ...

... ich mich für die ErzieherInnen an Schulen stark machen will. *Annette Lenz, Neukölln*

BENACHTEILIGUNG AUFGRUND DES ALTERS

Enthält eine Stellenausschreibung den Hinweis, dass Mitarbeiter eines bestimmten Alters gesucht werden, so scheitert der Anspruch eines nicht eingestellten älteren Bewerbers auf eine Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht allein daran, dass der Arbeitgeber keinen anderen neuen Mitarbeiter eingestellt hat. Die Beklagte hatte im Juni 2009 mittels einer Stellenausschreibung zwei Mitarbeiter im Alter zwischen 25 und 35 Jahren gesucht. Der 1956 geborene Kläger bewarb sich um eine Stelle, wurde aber nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Obwohl solche durchgeführt worden waren, stellte die Beklagte keinen anderen Bewerber ein. Der Kläger macht geltend, er sei wegen seines Alters unzulässig benachteiligt worden und verlangt von der Beklagten eine Entschädigung nach dem AGG. Die Vorinstanzen haben seine Klage abgewiesen. Die Revision des Klägers hatte vor dem Achten Senat des Bundesarbeitsgerichts Erfolg. Der Senat hat die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückverwiesen.

(Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 23. August 2012 – 8 AZR 285/11)

Ein deutliches Signal an die Politik

Am 29. September demonstrierten zahlreiche Menschen gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau

FOTOS: KAY HERSCHELMANN

von Tom Erdmann, Pressesprecher der GEW BERLIN

Demonstration »Umfairteilen« am 29. September 2012 in Berlin. FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

UmFAIRteilen! UmFAIRteilen!« – laut skandierten die DemonstrantInnen die zentrale Forderung des Aktionstages: Endlich eine gerechtere Verteilung von Geld und Vermögen in Deutschland, für eine wirksame Vermögenssteuer, für eine Vermögensabgabe.

Mehr als 40.000 Menschen sind beim Umfairteilen-Aktionstag am 29. September für eine stärkere Besteuerung von Reichtum sowie gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau bundesweit auf die Straßen gegangen. Von Flensburg bis Kempten, von Trier bis Dresden forderten sie die Politik bei Kundgebungen, Demos und Aktionen in mehr als 40 Städten auf, private Vermögen endlich angemessen zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzuziehen. Schwerpunktaktionen fanden in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg und Frankfurt am Main statt, wo sich jeweils mehrere Tausend Menschen den Protesten anschlossen.

Als einen »echten Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte« bezeichnete Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, den Aktionstag: »Die überwältigende Resonanz auf unseren Aufschlag zeigt, dass die Sorge um die Zukunft unseres Sozialstaats und die Einsicht in die Notwendigkeit einer wieder gerechten und solidarischen Steuerpolitik endlich in der Mitte der Bevölkerung angekommen sind. Mit dem heutigen Tage steht fest, dass die Verteilungspolitik in Deutschland im Wahlkampf 2013 ein zentrales Thema sein wird.«

Rund 5.000 Menschen waren in Berlin auf die Straße gegangen und zogen vom Potsdamer Platz bis zum Roten Rathaus. Am Zug der Berliner GEW beteiligten sich etwa 100 KollegInnen. PolitikerInnen von Linken und Grünen gaben sich die Klinke in die Hand. Auch die Jugendorganisation der SPD, die Jusos, unterstützte die Proteste. Mit dem gerade frisch gekürten Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück tauchten sie aber nicht auf.

Die Organisatoren sind zufrieden. »Es ist ein deutliches Signal an die Politik – und es ist ja erst der Auftakt«, sagt Christoph Bautz von Campact* und einer der lokalen Koordinatoren in Berlin im Interview mit der Tageszeitung taz. Er erinnert an die Anti-Atomkraftbewegung. »Da waren es zu Anfang auch bloß 10.000 Leute und irgendwann dann 100.000.«

Die Demonstrierenden fordern eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... ich mich gegen Ungerechtigkeiten stark machen und für die Rechte der KollegInnen einsetzen möchte. *Marion Günther, EB NordWest*

einmalige Vermögensabgabe, um reiche Haushalte in Deutschland deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Denn ob fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, marode Schulgebäude, mangelhafter Nahverkehr oder sogenannte freiwillige soziale Leistungen – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen.

Die Schere zwischen Reich und Arm in Deutschland klafft immer weiter auseinander. Allein die privaten Vermögen des reichsten einen Prozents der Bundesbürger sind höher als alle Schulden von Bund, Ländern und Kommunen zusammen. Das private Nettovermögen in Deutschland hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Fast zwei Drittel dieses Vermögens gehört dabei nur zehn Prozent der Bevölkerung. Allein drei Menschen in Deutschland besitzen so viel, wie der Jahresetat von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zusammen. Diese Zahlen zeigen: Die Zeit ist reif für echte Umverteilung!

Im April 2012 befragte das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag von Campact e. V. Bundesbürger über ihre Haltung zu einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Der repräsentativen Befragung zufolge befürworten 77 Prozent der Bundesbürger eine Vermögenssteuer von einem Prozent auf Vermögen von mehr als eine Million Euro pro Haushalt. Diese Regelung sieht sogar einen wesentlich höheren Freibetrag vor als die bis 1996 geltende Vermögenssteuer.

Auffällig ist, dass im Gegensatz zu ihren Parteiführungen auch 73 Prozent der FDP-Anhänger und 65 Prozent der CDU-Anhänger sagen, die Vermögenssteuer solle wieder eingeführt werden.

»Hätten wir heute das Steuerrecht von Zeiten Helmut Kohls, so gäbe es viele der heutigen Verteilungsprobleme nicht.«, sagte Klaus Lederer, Chef der Berliner Linken am Rande der Demonstration.

Der Anfang ist gemacht, der Durchbruch in der Gerechtigkeitsdebatte geschafft. Jetzt gilt es, alle Parteien zu Aussagen zum Thema UmFAIRteilen in ihren Programmen zur Bundestagswahl 2013 zu drängen.

Weitere Informationen: www.umFAIRteilen.de

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... ich nicht immer meckern, sondern was ändern will. *Karin Dithmer, EB SüdWest*

** Campact organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können. Schnelles Handeln verbindet Campact mit fantasievollen Aktionen, die Öffentlichkeit für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Gesellschaft herstellen. Mehr unter www.campact.de*

Die Samba-Truppe der GEW BERLIN bei der Umfairteilen-Demonstration am 29. September 2012 in Berlin. FOTO: JÜRGEN SCHULTE

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

FOTO: MAJESTIC/TOM TRAMBOW

Die Abenteuer des Huck Finn

Voraufführung für GEW-Mitglieder am 2. Dezember

von der Kultur-AG der GEW BERLIN

Nach der erfolgreichen und nicht zuletzt für den Deutschen Filmpreis nominierten Mark Twain-Verfilmung »Tom Saywer«, in der Louis Hofmann und Leon Seidel als Tom und Huck erstmals Streiche ausheckten und allerlei spannende Abenteuer erlebten, geht der Spaß jetzt weiter. Erneut unter der Regie von Hermine Huntgeburth, die Twains Meisterstück über Freiheit und Menschlichkeit, Freundschaft und Vertrauen als spannendes Kinoabenteuer für die ganze Familie inszenierte.

Huck Finn (Leon Seidel) sitzt jeden Tag brav geschniegelt und gestriegelt bei Witwe Douglas und Miss Watson am Tisch und wird vom gehorsamen Haus-Sklaven Jim (Jacky Ido) bedient, geht in die Schule und auch regelmäßig in die Kirche. Schließlich sind er und sein bester Kumpel Tom Sawyer (Louis Hofmann), seit sie bei ihrem letzten Abenteuer einen Schatz gefunden haben, sehr wohlhabende Jungs. Was hier nicht stimmt? Richtig! Jungs wie Tom & Huck sind doch nicht geschniegelt und gestriegelt!

Huck Finn liebt nichts so sehr, wie unter freiem Himmel in seiner Regentonne zu leben, Fische zu fangen und sie am Lagerfeuer am Stock zu braten. Wann immer es geht, stehlen sich die beiden davon ... Doch eines Tages ist es vorbei mit dem idyllischen Dorfleben und den kleinen Freiheiten. Hucks versoffener, gieriger Vater (August Diehl) taucht in St. Petersburg auf. Und er führt nichts Gutes im Schilde. Der Landstreicher und Tunichtgut will Hucks Reichtum ganz für sich allein. Bevor der Alte Unheil anrichten kann, flieht Huck – und mit ihm Jim, der zufällig mitbekommt, dass Miss Watson ihn an Sklavenhändler verkauft hat. Auf einem selbst gebauten Floß machen sich die beiden auf den gefährlichen Weg immer den Mississippi runter nach Cairo und von dort aus nach Ohio, in ein Land, wo Sklaverei verboten ist und Jim sich ein Leben als freier Mann aufbauen kann. Das ist der Plan. Verfolgt vom alten Finn und drei skrupellosen Sklavenjägern (Henry Hübchen, Milan Peschel, Andreas Schmidt) erlebt Huck sein bislang wohl größtes und gefährlichstes Abenteuer…..

Der Film startet in den Kinos am 20. Dezember 2012. Wir zeigen ihn in Kooperation mit dem Majestic Filmverleih in einer Voraufführung am Sonntag, 2. Dezember um 12 Uhr im Kant-Kino in der Charlottenburger Kantstraße. ■

Mehr zum Film unter www.huckfinn-film.de

VOLKSBEGEHREN – NEUE ENERGIE FÜR BERLIN!

Der Berliner Energietisch ist ein offenes und parteiunabhängiges Bündnis aus derzeit 41 lokalen Organisationen und Initiativen, die sich gemeinsam für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte und demokratische Energieversorgung in Berlin engagieren. Um diese Ziele zu erreichen, fordert das Bündnis mittels eines Volksbegehrens die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung. Das umfasst den Aufbau eines berlineigenen Stadtwerks und die Gründung einer Netzgesellschaft.

Die Netzgesellschaft soll 2014 die Stromnetze für Berlin zurückkaufen, wenn der Konzessionsvertrag zwischen der Stadt und Vattenfall ausläuft.

Der Berliner Energietisch fordert zudem die Gründung eines modernen Stadtwerks, damit Berlin eigene Gestaltungsspielräume bei der Energieversorgung wahrnimmt. So soll das Stadtwerk dezentrale, erneuerbare Energieanlagen in der Region errichten und Berlin mit Ökostrom versorgen. Außerdem sind Beteiligungsmöglichkeiten vorgesehen, die über die parlamentarische Kontrolle landeseigener Betriebe hinausgehen: Teile des Verwaltungsrats von Stadtwerken und Netzgesellschaft sollen direkt gewählt werden. Ein Initiativrecht ermöglicht eine direkte Einflussnahme auf die Geschäftspolitik.

Die erste Stufe des Volksbegehrens ist genommen: über 30.000 gültige Unterschriften wurden bis Juni 2012 gesammelt. Der Gesetzesentwurf des Berliner Energietisches wurde für zulässig erklärt, inhaltlich aber abgelehnt. So folgt 2013 die zweite Stufe: das Volksbegehren. Dort werden dann 173.000 Unterschriften benötigt. Wenn auch dies gelingt, kommt es mit der Bundestagswahl im September 2013 zum Volksentscheid. Die nächste Sammelphase startet im Februar 2013. Es geht jetzt darum, möglichst viele Mitmenschen zu begeistern, damit sie mit uns Unterschriften für eine neue Energie in Berlin sammeln. Unser Koordinator Jens-Martin Rode (rode@berliner-energietisch.net) freut sich über alle, die aktiv werden wollen. Einfach auf der Internetseite eintragen und aktuelle Informationen sowie Termine erfahren: www.berliner-energietisch.net.

Wie ein Artikel in die blz kommt

Über den Werdegang eines Artikels von der Zusendung bis zum Abdruck

von Klaus Will, blz-Redaktion und Verlag

In der Regel muss ein Artikel in der ersten Woche des Vormonats da sein, um in der *blz* des Folgemonats erscheinen zu können. Die genauen Redaktionsschlusstermine stehen in jeder Ausgabe der *blz* unter der Rubrik »Übrigens« auf Seite 5. Die relativ lange Vorlaufzeit erklärt sich mit der ehrenamtlichen Redaktion und deren Arbeitsweise: Alle lesen alle Artikel und bestimmen dann gemeinsam, was ins Heft kommt. Da die *blz* als Beilage der Bundeszeitschrift *Erziehung & Wissenschaft* versendet wird, muss das Heft außerdem zeitiger ausgeliefert werden als bei einem Direktversand.

Vom Redaktionsschluss zur Schlussredaktion

Zum Redaktionsschluss, meist ein Freitag, müssen alle Artikel da sein, die dann kopiert und an die Redaktion versendet werden. Am darauffolgenden Donnerstag bespricht die Redaktion dann die Artikel, das ist die sogenannte Schlussredaktion. Dort werden auch erste Ideen für die Gestaltung des Heftes diskutiert. Wenn klar ist, was ins Heft kommt, werden die Artikel an die RedakteurInnen verteilt, die diese über das Wochenende redigieren, also für den Satz fertig machen. Dabei geht es darum, Fehler zu entfernen, Formulierungsschwächen zu verbessern und mit attraktiven Überschriften und Zwischentiteln den Text möglichst ansprechend aufzumachen.

In der Regel, und das ist uns auch am liebsten, kommen inzwischen die Artikel als Dateianhang per E-Mail (blz@gew-berlin.de). Dabei sind keine besonderen Sachen zu beachten. Bitte aber Grafiken und Fotos nicht in den Text integrieren, sondern gesondert schicken. Die Qualität sollte dabei 300 dpi betragen oder entsprechend groß sein (A4-Format). Eine Standard-Druckseite der *blz* hat übrigens 5.500 Zeichen (inklusive Leerzeichen), das sollte auch die Richtschnur für den Umfang eines Artikels sein, wobei natürlich Ausnahmen immer die Regel bestätigen. Beim Titelthema ist wegen des großzügigeren Layouts etwas weniger Platz, da passen nur 4.700 Zeichen auf die Druckseite.

Die neue blz nimmt Gestalt an

Dann beginnt am Montag nach der Schlussredaktion die Produktion des Layouts. Das wird außer Haus gemacht von der Firma bleifrei in Zusammenarbeit mit dem Verlagsleiter Klaus Will, der die Fotoredaktion besorgt, Texte aus Gestaltungsgründen kürzt, verlängert oder ergänzt und alles noch einmal Korrektur liest. Am Donnerstag kommt dann die Redaktion noch einmal zusammen, um die *blz* »abzunehmen«: Die Gestaltung wird besprochen, Überschriften und Kleintexte sowie die richtige Fotozuordnung geprüft und korrigiert. Die Änderungen werden mit der Layouterin besprochen und von Klaus vor der Druckfreigabe noch einmal überprüft.

Die Auswahl der Artikel wird also basisdemokratisch von der gesamten Redaktion vorgenommen. Außerdem arbeitet die *blz*-Redaktion autonom, denn der Vorstand hat nur in begründeten Ausnahmefällen ein Einspruchsrecht, endgültig entscheidet bei strittigen Artikeln der Landesvorstand. Dieses im Redaktionsstatut der *blz* festgelegte Verfahren sichert die Eigenständigkeit der *blz*-Redaktion, denn die *blz* soll kein Mitteilungsorgan des Vorstandes für die Mitglieder sein, sondern ein Diskussionsforum von und für alle Mitglieder. Selbstverständlich gehört dazu auch, dass die Gremien der GEW BERLIN ihre Arbeit und ihre Beschlüsse darstellen. Ebenso selbstverständlich werden aber auch Artikel veröffentlicht, die diese Arbeit und die Beschlüsse kritisieren. Die *blz* ist keine Zeitschrift, die über die korrekte GEW-Linie unterrichtet, sondern eine Zeitschrift, die die unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Gewerkschaft zur Diskussion stellt.

So wenig die Redaktion Vollzugsorgan des Vorstandes ist, ist sie aber auch nicht Vollzugsorgan der AutorInnen: Die Redaktion versucht eine Zeitschrift zu machen, die möglichst viele LeserInnen anspricht, was einerseits durch eine ansprechende Gestaltung erreicht werden soll, andererseits aber auch durch eine gewisse Themenmischung und natürlich durch gut lesbare Texte. Das bedeutet, dass wir auch (manchmal) Artikel ablehnen oder Artikel kürzen. Es gibt nicht wenige AutorInnen, die sich dafür sogar bedanken, weil sie selbst merken, dass mancher Artikel durch Kürzung eher gewinnt, statt verliert.

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

...ich mich im Tarifdschungel gut auskenne. *Christiane Weißhoff, EB City*

Es kommt aber auch vor, dass der Redaktion hier und da Fehler unterlaufen und nicht alles gut gelingt. Damit müssen wir auch leben. Und oft ärgern wir uns darüber mehr als die AutorInnen! Die RedakteurInnen arbeiten, außer dem Verlagsleiter, ehrenamtlich und sind keine Zeitungsprofis, sondern normale Mitglieder, die sich fürs Zeitungsmachen interessieren. Belohnt werden sie damit, dass sie jeden Monat ein fertiges Produkt in den Händen halten können. Das ist bei der oft langwierigen Gewerkschaftsarbeit nicht oft der Fall, dass man den Erfolg der Arbeit handfest und umgehend erlebt.

Wer aktiv an der Zeitung mitarbeiten will, ist jederzeit willkommen. Die Sitzungstermine der *blz*-Redaktion erfahrt ihr unter der Telefonnummer 21 99 93-46 oder im Internet: www.gew-berlin.de/blz/6039.htm.

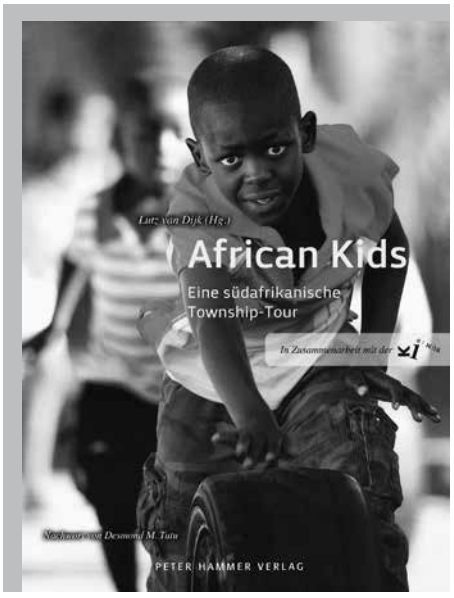


FOTO: RALF HIRSCHBERGER

AUSFLUG IN EINE ANDERE WELT

Auf dem Titelbild rollt der zehnjährige Sive dem Betrachter einen Autoreifen entgegen. »Reifenrennen ist der zweitliebste Sport in Südafrikas Townships«, sagt Lutz van Dijk, Herausgeber des Bildbandes, »gleich nach Fußball«. Sive Maholwana lebt in dem von ihm mitbegründeten »Home for Kids in South Africa« im nahe Kapstadt gelegenen Township Masiphumelele. Das Kinderhaus wurde vor zehn Jahren für HIV-positive Kinder ohne Versorgung eröffnet. Der »bald Zwölfjährige«, wie er sich selbst vorstellt, führt seine Leserinnen und Leser »beim Blättern« durch diesen Ort: Anhand von etwa hundert Fotografien erzählt er vom Leben in Hütten, die leicht in Brand geraten, vom Schulunterricht und dem Spaß mit Büchern, vom Leben mit dem Virus und vom Beerdigen der Toten. Auch andere kommen zu Wort: der 15jährige, der seine kleine Schwester wiederfand, eine Erzieherin, deren HIV-positiver Sohn wider Erwarten den 12. Geburtstag erlebte, eine Jugendliche mit ihrer Wut auf die kranke Mutter, die sie und ihre Schwester hier abgegeben hatte und später starb.

Das Besondere der Geschichten besteht darin, dass sie von Armut und dem Leben mit Krankheit im Zusammenhang von Normalität berichten. Worüber sie sich freuen, wovon sie träumen, wen sie lieben erzählen die Protagonisten zuerst. Beziehungen spielen eine große Rolle – oft andere als die bekannten verwandtschaftlichen. Davon ausgehend können sich auch junge Leser und Leserinnen identifizieren und im wahrsten Sinn des Wortes »einführen« lassen in die Wirklichkeit eines Ghettos.

Was nicht gesagt wird, erzählen die professionell gemachten Bilder. Sie zeigen etwas von der Freude am Leben im Township, die sich im Wesen nicht von der Freude anderswo unterscheidet. Das Glück mit einer neuen Wohnung oder einem Geburtstagskuchen sprechen ebenso daraus wie die Alltäglichkeit von Schulbroten und Tabletten, der Ärger über zu wenig Toiletten und die Ratlosigkeit nach einem Brand. Es sind hervorragende Fotos, die die Phantasie weiter anregen, zur Verfügung gestellt von den Fotografen Nic Bothma und Ralf Hirschberger für die gute Sache – denn der Verkauf des Buches kommt dem Kinderhaus zugute.

Lutz van Dijk ist es »ein Anliegen, denen eine Stimme zu geben, die sonst keine haben«, sagte er bei der Vorstellung des Buches im September in Hamburg. Die Idee entstand bei der Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse, unterstützt wurde es unter anderem vom Bildungs- und Förderungswerk der GEW.

Auch an der Bildauswahl waren die Kinder beteiligt. Gelegentlich klingt Sive tatsächlich ein wenig nach der Stimme des Pädagogen, doch zusammen gelingt ihnen, was der Junge am Anfang zum Ziel erklärt: dass seine Adressaten mit dem Wort Township »Kids wie mich und meine Freunde«, assoziieren lernen, und nicht nur »Hunger, Überfälle und Aids«. Historische und systematische Informationen zu dem Begriff »Township« stehen auf den letzten fünf Seiten, gleich nach dem Grußwort des Erzbischofs Desmond Tutu. Es ist ein schönes, erfreuliches Buch, geeignet für einen Ausflug mit Kindern in eine andere Welt.

Sigrid Thomsen

Lutz van Dijk (Hg), African Kids. Eine südafrikanische Township-Tour, Peter Hammer Verlag Wuppertal 2012, 104 Seiten, ca. 100 Fotos, 19,90 Euro

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... ich immer ein offenes Ohr für die KollegInnen habe. *Beate Hadjiew, EB City*

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... Recht haben und Recht bekommen oftmals ein steiniger Weg ist, den zu erstreiten immer notwendiger wird. *Uwe Bialke, Charlottenburg-Wilmersdorf*

DIE VERFLIXTEN UNTERSCHIEDLICHEN SCHULVERLÄUFE

Vier Kinder, die im Kindergarten eng befreundet waren, entwickeln sich bis zur Volljährigkeit auseinander. Und das, so stellt Jutta Allmendinger in ihrem Buch »Schulaufgaben« fest, weil das Schulsystem sie zu fast Fremden macht.

Alex, Erkan, Jenny und Laura stammen aus unterschiedlich strukturierten Elternhäusern. Alex ist Kind einer bildungsbürgerlichen Familie, die zu Jutta Allmendinger ein sehr freundschaftliches, fast schon familiäres Verhältnis pflegt; sie ist seine Patentante. Erkan ist Kind einer türkischen Migrantenfamilie; er spricht mit drei Jahren noch kein Wort Deutsch. Jenny wächst mit ihrer alleinerziehenden Mutter auf, die nach und nach in die Sozialhilfe rutscht, sich dagegen zunächst wehrt, aber ihre Antriebskraft verebbt. Lauras Mutter stellte schon bald nach der Geburt fest, dass ihre Tochter sich nicht »normal« entwickelt. Verschiedene Arztpraxen empfahlen Therapieformen, die auch durchpraktiziert wurden. Doch Erfolge waren kaum messbar. Ein Jahr lang sprach Lauras Mutter mit einer Therapeutin in einem sozialpädiatrischen Zentrum. Schließlich suchte sie eine Kinderärztin auf, die ihr eine Einrichtung empfahl, in der PädagogInnen, PsychologInnen und FamilientherapeutInnen gemeinsam Eltern und Kinder unterstützten.

Allmendinger fand Zugang zu dieser Gruppe im Kindergarten, in dem sich eine unbefangene Freundschaft unter den vier Kindern entwickelte. Warum diese Freundschaft sich im Laufe des Lebens bis zur heutigen Volljährigkeit auseinanderentwickelt hat, heute sogar eine Entfremdung festzustellen ist, erklärt Allmendinger mit den verschiedenen Schul- und Ausbildungslaufbahnen, die in Deutschland zu durchlaufen sind.

Die Autorin ist Bildungsforscherin mit einer ausgewiesenen wissenschaftlichen Karriere. Über das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, die Harvard Business School und die Ludwig-Maximilian-Universität München, seit 2007 die Humboldt-Universität zu Berlin ist sie jetzt auch Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Und obwohl Wissenschaftlerin durch und durch, liest sich ihr Buch nicht wie Wissenschaft. JedeR kann es lesen wie einen Sachroman und wird gefesselt von den geschilderten Wahrheiten, die die vier ProtagonistInnen auseinander gebracht haben.

Da ist beispielsweise die bildungspolitische Hoheit der sechzehn Bundesländer, die vor wenigen Jahren grundgesetzlich noch einmal verstärkt wurde und von jedem dieser Länder kräftig ausgeübt wird. Da ist die unterschiedliche Schulstruktur mit vorgeschalteten optionalen Kindertagesstätten, da sind die vier- oder sechsjährigen Grundschulen, die anschließende durch die Grundschul-»Empfehlungen« erfolgende Aufteilung in verschiedene Schulformen mit im Wesentlichen vorausberechenbaren unterschiedlich qualifizierenden Abschlüssen.

Allmendinger greift diese Themen auf und macht Vorschläge, wie sie jeder vernünftig denkende Mensch machen könnte und wie sie die GEW seit Jahren macht: Gemeinsame Beschulung von der Kindertagesstätte bis zur Oberstufe mit gleich starker, aber ausdifferenzierter, auf die Einzelnen zugeschnittener Förderung. Auch die Differenzierung von Bildungs- und Sozialpolitik macht ihr Bauchschmerzen. Für sie ist Bildungspolitik vorbeugende Sozialpolitik, auch wenn, wegen der jahrzehntelangen falschen Handhabung, für eine Übergangszeit beides noch nebeneinander nötig sein wird.

Man wird durch das Lesen des Buches nichts ändern, nur sich selbst vielleicht. Wir GEWler sind sowieso schon auf diesem Stand; es ist zum großen Teil befriedigende Selbstbestätigung. Aber das darf ja auch mal sein. Vielleicht bekommt durch das zufällige Lesen dieser Zeitschrift ja auch einmal jemand diese Gedanken zugeführt, die ihm/ihr bislang noch nicht bekannt waren. Ach, das wäre schön! *Folker Schmidt*

Jutta Allmendinger: Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden, 304 Seiten, München 2012, Pantheon-Verlag, (ISBN 978-3-570-55187-5), 14,99 Euro

EINE für alle!

Ich kandidiere, weil ...

... die anderen nix tun für die Beschäftigten. Wir wollen es. *Thomas Borgmeier, Berufsbildende Schulen*

ANZEIGEN

Dipl.-Psychologin Ranja El Saadani

Verhaltenstherapie, NLP, Traumatherapie, Lebensberatung

Fühlen Sie sich unzufrieden? Kraftlos? Ungerecht behandelt? Unter Druck?
Gehen Sie im Beruf oder im privaten Alltag über Ihre Grenzen? Sagen Sie nicht NEIN oder STOPP?
Reagieren Sie auf Ihre Unzufriedenheit mit ständigem Grübeln? Schlafstörungen? Konzentrationsstörungen?
Übermäßigem Alkoholkonsum? Antriebsstörungen? Angst? Einsamkeitsgefühlen? Traurigkeit? Gereiztheit?
Innerer Leere? Resignation?
Mit meiner professionellen und einfühlsamen Unterstützung können Sie etwas verändern!

Pariser Str. 54, 10719 Berlin-Wilmersdorf; 030-20615639; info@ranja-elsaadani.de; www.ranja-elsaadani.de

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

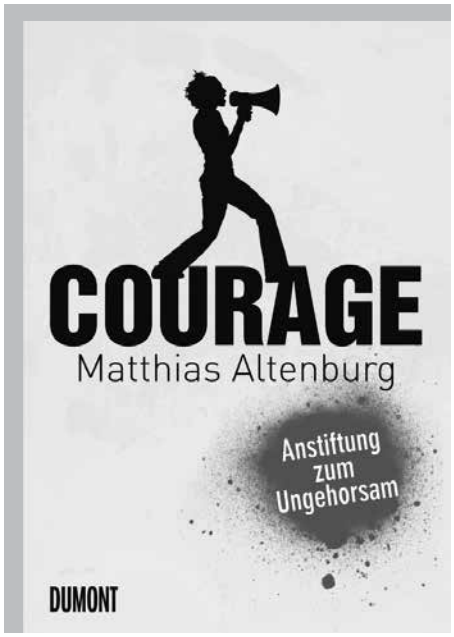
fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine **Kindheit geben**

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist ein Zeugnis von Armut.

Jetzt mitmachen und spenden:
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr. 375 1880 188
BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu



COURAGE ODER DIE ANSTIFTUNG ZUM UNGEHORSAM

Matthias Altenburg, geboren 1958 in Fulda, vielen bekannt unter dem Künstlernamen Jahn Seghers als Autor gesellschaftskritischer Kriminalromane, hat die letzten aktuellen Protestbewegungen zum Anlass genommen, unseren Verhältnissen auf dieser Welt auf den Grund zu gehen. *Courage* ist der Versuch, seiner sechzehnjährigen Tochter Paula in fünfzehn kurzen Kapiteln die Welt zu erklären. Altenburg, aufgewachsen zwischen Hochhäusern, Kleingärten und einer großen Fabrik im Arbeitermilieu, hat etwas Besonderes von seinen Eltern gelernt: Obwohl diese nicht gegen ihre harten Arbeits- und Lebensverhältnisse aufbegehrten, lehrten sie ihn, Ungerechtigkeiten spüren zu können. Es ist also kein Wunder, dass Altenburg in seiner Kindheit die Geschichte von David gegen Goliath besonders gut gefallen hat. Er erlebte in den siebziger Jahren die Berufsverbote, die vielen Menschen verwehrten, als Lehrer, Krankenschwester oder Postbote zu arbeiten. Gleichzeitig erlebte er aber auch, dass alte Nazis in der Bundesrepublik immer noch Recht sprechen durften und jüdische Familien in der dritten Generation verfolgten. Er organisierte Schulstreiks und demonstrierte für ein besseres Bildungssystem. Der Verfassungsschutz überwachte ihn und seine Mitstreiter. Er erlebte, wie die Protestler weniger wurden, resignierten oder sich mit den Verhältnissen arrangierten und Karriere machten. Ich bin drei Jahre jünger und habe die Dinge so ähnlich erlebt wie Altenburg. Als ich sein Buch las, dachte ich bei mir, viel hat sich ja nicht geändert: Es sind immer noch die gleichen Kämpfe und so manche Schlacht, die geschlagen schien, muss wieder von Neuem geführt werden. Das könnte frustrieren, tut es aber nicht. Altenburg zeichnet zwar in den 15 Kapiteln seines Buches ein schonungsloses Bild von der Welt, aber am Ende wächst immer mehr die Hoffnung, dagegen etwas tun zu können. Er möchte, dass seine Tochter versteht, woher sie kommt und wie die Welt ist. Denn wer die Welt verändern will, muss sie verstehen. Jede Generation muss sich auf ihre Weise in der Welt zurechtfinden, und jeder muss selbst herausfinden, wie viel Kraft und Mut er hat. In diesem Sinne ist das Buch nicht nur ein langer Brief an seine Tochter Paula, sondern ein Buch an alle Generationen. Und nicht zuletzt auch an alle, die schon aufgegeben haben. Vielleicht finden sie mit dieser Lektüre wieder Kraft und Mut, sich gegen ungerechte Verhältnisse zu stellen.

Andreas Kraft

Matthias Altenburg: COURAGE – Anstiftung zum Ungehorsam, 128 Seiten, 14,99 Euro, erschienen 2012 im Dumont Buchverlag ISBN 978-3-8321-9681-3

GRIPS

Leon und Leonie
Theaterstück über die Lust auf Schule

ab 1. Klasse

für Schulen
15. | 16. und 19. November,
jeweils 10.00 Uhr

für Familien
18. November, 16.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz
Altonaer Straße 22 | 10557 Berlin
U9 Hansaplatz | S Bellevue

Tel. 030 – 39 74 74 - 0 für Schulen
Tel. 030 – 39 74 74 - 77 für Familien

GRIPS

www.grips-theater.de

MORE THAN HONEY

»Wenn die Bienen aussterben, sterben vier Jahre später auch die Menschen aus.«
(Albert Einstein)

FILMTIPP
VISION KINO
EMPFOHLEN VON VISION KINO

DEUTSCHE FILM- UND MEDIENBEWERTUNG
Prädikat besonders wertvoll
FBW

EMPFOHLEN VON:
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

DAS BUCH ZUM FILM

artwork: esterer und horn

IM HANDEL ERHÄLTLICH
orange press
www.orange-press.com

EIN FILM VON MARKUS IMHOOF

Nutzen Sie **MORE THAN HONEY** für Ihren Unterricht!

Umfassendes Schulmaterial steht zum Download unter ***www.morethanhoney.de*** oder Vision Kino bereit.

AB 8. NOVEMBER IM KINO!

SENATOR
Home Entertainment

Höhepunkt mit dem Ikarus

Das Kinder- und Jugendtheater und die vielfältige Berliner Schultheaterszene

FOTO: PRIVAT

von Wolfgang Nickel, Professor i. R. am Institut für Spiel- und Theaterpädagogik der UdK

Seit 2008 wird jährlich der »Ikarus-Preis« für Berliner Kinder- und Jugendtheateraufführungen vergeben. Der Preis soll ein Zeichen setzen »für Inszenierungen, die ihrem Publikum etwas bringen, indem sie ihm etwas abverlangen.« Der Preis stehe »nicht für die Verfolgung des Mainstreams ..., sondern für den Mut, etwas zu riskieren, sich auch an Außergewöhnliches heranzuwagen«; er stehe »für den Traum zu fliegen ohne Angst vor dem Absturz«, schreibt der JugendKulturService über das Ziel des vom ihm begründeten Preises, der unter der Schirmherrschaft des früheren Grips-Schauspielers Axel Prahl vergeben wird.

Ausgehend von Nominierungen ermittelt eine unabhängige Jury den oder die Preisträger. Die preisgekrönten Stücke werden dann bei der Ikarus-Verleihung aufgeführt und durch eine Laudatio gewürdigt. Die Preisverleihung ist der Höhepunkt der vorausgegangenen Ikarus-Wochen, während der alle nominierten Stücke aufgeführt werden. Der Preis und die Ikarus-Wochen würdigen aber nicht nur öffentlichkeitswirksam die Produktionen der Gruppen und Theater, sondern geben den Berliner Kinder- und Jugendtheatermachern auch Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Probleme zu besprechen – nicht zuletzt das Problem der immer noch unzureichenden öffentlichen Beachtung und Förderung.

Die Preisträger 2012

Den Preis für die beste Inszenierung für Kinder hat »Frau Holle« (ab 5) vom *Atze-Musiktheater* erhalten. In der Oktober-blz 2011 habe ich über die Aufführung Folgendes geschrieben: Die Aufführung »erfreut durch musikalische Elemente und viele überraschende und sinnvolle Theatereffekte, die immer wieder zeigen, WIE etwas gemacht wird«. Die vertraute Geschichte bringt einige spannenden Veränderungen; »Gold- und Pechmarie sind nicht mehr die klaren Gegensätze von ›gut‹ (= fleißig) und ›böse‹ (= faul). Marie 1 ist eher sorglich-langsam, auch verantwortungsbewusst; Marie 2 quirlig-unstet-verspielt und unbekümmert; aus der ›Stief‹- wurde eine alleinerziehende Mutter, die sich durchaus als lernfähig erweist«.

Der zweite Preisträger, »Weißbrotmusik« (ab 15) vom *Theater Strahl*, besticht durch suggestive Kurzszenen, die sehr schnell Akteure und Situationen umreißen. Es geht um einen jüdischen, einen moslemischen Jugendlichen, dessen schwangere Freundin, um unklare Rivalitäten, fehlende Perspektiven und nervende Mütter. Leider kombiniert die Autorin Marianna Salzmann ihre Szenen mit unsichtbarem Theater: Im Publikum sitzt ein (nicht als Schauspieler erkennbarer) Besucher, der sich in einer der ersten Szenen mit einigen Zwischenrufen einmischt, dann ruhig ist und sich gegen Ende noch einmal kräftig zu Wort meldet. Er wird zusammengeschlagen: Aber von wem? Von der Bühnenfigur, die schon genervt ist von dem Gequengel der Mutter, vom Zoff mit dem Freund – soll das die plötzliche Gewalttätigkeit gegen einen Zuschauer verständlich machen? Aber es schlägt ja gar nicht die Bühnenfigur, deren Situation wir miterlebt

Der IKARUS 2012, die Auszeichnung für herausragende Berliner Theaterinszenierungen für Kinder und Jugendliche des JugendKulturService wurde am 18. September 2012 verliehen. Auf dem Bild die KünstlerInnen der ausgezeichneten Inszenierungen »Frau Holle« (ATZE Musiktheater) und »Weißbrotmusik« (Theater Strahl). FOTO: KAY HERSCHELMANN

haben, sondern ein Schauspieler – ist er gekränkt in seiner Eitelkeit, weil da einer dagegenhält und ihn nicht ungestört spielen lässt? Oder stören die Ansichten des Zuschauers, also der Inhalt seiner Äußerungen? Noch gesteigert wird die Verwirrung dadurch, dass der Regisseur die Bühnenfiguren einleitend und zwischendurch in direktem Dialog mit dem Publikum improvisieren lässt – also die Differenz Schauspieler-Figur noch mehr vermischt.

Diese unselige Verknüpfung von Szene (auf Verabredung beruhender Fiktion) und unsichtbarem Theater (also sorglich geprobter Fiktion, die sich als Realität ausgibt) erwies sich als nicht auflösbar, sondern provozierte lediglich. Zwar zeigte die Aufführung »Mut, etwas zu riskieren« und sich »an Außergewöhnliches heranzuwagen« – aber auch »Absturz«: In der nachfolgenden Diskussion war vom Stück nicht mehr die Rede, sondern nur vom Zusammenstoß zwischen Schauspieler (Figur?) und Zuschauer und der Reaktion des Publikums. Das brutale Faktum übertrumpfte das Theater.

Neben den Ikarus-Wochen gibt es in Berlin zahlreiche Festivals, die für Schulen und Lehrkräfte interessant und anregend sind. Das größte ist wohl das bundesweite Theatertreffen der Jugend. Nicht weniger interessant aber auch die Grundschultheatertage in Neukölln, das Kindertheatertreffen »Augenblick mal«; das Treffen der Berliner Theaterjugendclubs, das Festiwalla im Haus der Kulturen der Welt, das JugendTheaterFestival. Außerdem das TuSCH- und das TuKi-Treffen (Theater und Schule, Theater und Kita) sowie die alljährlichen Tanz-Zeit-Werkstattpräsentationen – immer geht es hier um Austausch, Vergleich, Bestandsaufnahme, Weiterbildung, um Anregungen für die eigene Arbeit.

Tendenzen in der Theaterarbeit

Außerdem gibt es noch das Festival »Schultheater der Länder«, das jedes Jahr in einem anderen Bundesland stattfindet. Dieses Jahr war Berlin Gastgeber.

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... ich mich für die Interessen der KollegInnen einsetzen will. *Gabriele Manske, EB NordOst*

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... ich mich einmischen will.
Heike Schlizio-Jahnke, Bezirksamt Mitte

Das Festival wird nicht von einer Jury oder einer zentralen Instanz »komponiert«, sondern die einzelnen Länder entsenden Aufführungen ihrer Wahl. Interessant, welche Gruppen nach Berlin geschickt wurden. Sie kommen meist von Gymnasien, oft aus Kursen Darstellendes Spiel (DS), aber auch aus freier AG, Literaturkurs oder einer jahrgangsübergreifenden Theater-AG (beim »Sommernachtstraum« aus Thüringen spielen beispielsweise 11./12. Klassen die Athener; Elfen und Handwerker werden von Siebtklässlern gespielt).

Damit sind wir bei Texten, Themen und Inhalten. Vielfach gibt es einen Griff zu Theatertexten: von Shakespeare neben dem Sommernachtstraum (mit einer eigenen Übersetzung) noch Romeo und Hamlet; dazu Tartüffe, Peer Gynt, Heilige Johanna der Schlachthöfe (Brecht), Godot; manchmal nahe am Text, aber auch »Hamlet« als Krimi; dann Romanbearbeitungen (Irmgard Keun: Das kunstseidene Mädchen; James Krüss: Timm Thaler oder das verkaufte Lachen) oder einfach antike Geschichten (Ariadne und andere). Mit Hilfe dieser Texte oder auch ohne sie erfolgt die Behandlung eigener Themen: Glück, Identität, Pubertät; immer wieder auch Politisches (besonders deutlich bei der »Heiligen Johanna«); Gender (da gründen die antiken Frauen um Ariadne eine Selbsthilfegruppe); die Hamburger nennen ihr Stück über Identität und Rollenverhalten geradezu »Jungs gegen Mädchen«.

Reich und differenziert sind die Darstellungsweisen: meist Einbeziehung von Musik (bei »Romeo und Julia« wirken 20 Musiker mit); Hauptrollen werden mehrfach besetzt (Das kunstseidene Mädchen); Film- und Videoeinspielungen; Einbeziehung von improvisatorischen Elementen; unterschiedlichste Bühnenformen; direkte Ansprache des Publikums; Untersuchung von theaterhistorischen Zusammenhängen (Tartüffe wird mit Figuren der Commedia dell`Arte konfrontiert). Insbesondere die DS-Kurse sind immer auch theaterhistorisch oder gar theaterwissenschaftlich grundiert.

In Brandenburg gibt es das Projekt TatSch (Theaterautoren treffen Schulen). Dort haben Gymnasiasten mit dem Autor Paul Brodowsky zusammengearbeitet; sie schrieben erst Texte, persönlich bezogene und Umwelt beobachtende, montierten sie dann unter dem Titel »...3..2.1 Glück« mit vielen Bewegungssequenzen. Auch eine neue Tendenz: Es werden immer wieder tänzerische Ausdrucksformen genutzt. Anders als noch vor einigen Jahren ist die Tanz-Szene auch in der Schule mehr und mehr präsent.

IKARUS-Schirmherr Axel Prahl bei der Übergabe des Preises im ATZE Musiktheater im Wedding. FOTO: KAY HERSCHELMANN

Von unten anfangen

Deutlich wird aber auch, dass es in der Schule für den Bereich Theater keinen geregelten Aufbau gibt: Die Oberstufe mit den DS-Kursen ist am weitesten entwickelt; es fehlen entsprechende Aktivitäten in der Sekundarstufe. Und auch in der Grundschule findet sich die Spiel-»Pflege« selten: Eine leuchtende Ausnahme sind hier die Impulse, die von den Neuköllner Grundschultagen ausgehen! Durch die Konzentration auf die Sekundarstufe II bekommt das Theater an der Schule einen – verkürzt formuliert – bildungsbürgerlichen Touch; die Theaterjugendclubs an den professionellen Theatern wie an Kinder- und Jugendtheatern sind da anders und weiter.

EINE für alle! Ich kandidiere, weil ...

... kompetente Personalratsarbeit mit einer starken GEW im Rücken besser geht!
Steffi Krebs-Pahlke, FU

Szenenfoto aus dem Stück »Nathan« des Theater Strahl. Besprechung des Stückes siehe unten.

FOTO: JÖRG METZNER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Die **Schaubude** stellt aus ihrem reichhaltigen Angebot (Theater mit Puppen, Figuren, Objekten für alle Altersstufen) immer wieder auch besondere Themen und Formen als internationale Festivals zusammen, so jetzt für »Zuschauer ab 2 Jahren«. Dieses »Genre« hat sich seit einigen Jahren kräftig entwickelt; es nutzt wenig Sprache, dafür Gegenstände, Materialien, Licht, sparsame Klänge – meist sorglich ausgesucht und ästhetisch durchkomponiert. Dazu kommen Akteure, die mit diesen Materialien spielen. Die Kleinen sitzen meist dicht an der Spielfläche, die anschließend für eigene Erkundungen freigegeben wird. Ich sah *»Aben Dans«* aus Dänemark: ein eher zu reich ausgestatteter Spielraum; eine Tänzerin, ein Tänzer; Bewegungen und Aktionen unter dem (für mich überraschenden) Titel *»Ich Du Wir«* – ich sah eher klein und groß, weit und nah, oben und unten. Spannend: die Kleinen aufmerksam beobachtend, kaum kommentierend, anschließend frei und fröhlich die Gegenstände erkundend.

»Leo und Leonie« im **GRIPS Theater** ist sicherlich auch ein Stück – wie es im Untertitel heißt – »über die Lust auf Schule« und den spannenden Übergang von der Kita in die erste Klasse. Mehr noch aber ist es ein Stück über Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen, über den Mut, einen eigenen Weg zu gehen, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erproben, sich aus dem Gewohnten heraus in fremde Wirklichkeiten zu begeben. Mit der Gefahr, dabei auch Fehler zu machen – und fähig und bereit zu sein, sie wieder zu reparieren. Leonie nämlich, immerhin die Zwillingsschwester von Leo, will unbedingt in die Schule, darf aber, anders als ihr Bruder, noch nicht; wie sie es trotzdem schafft, ist ein spannend-theatraler Spaß, optimal für End-Kita-Kinder (ab fünf!) wie für erste und zweite Klassen: die einen können Schwierigkeiten und Aufgeregtheiten noch einmal nacherleben, die anderen einen Lust und Mut machenden Blick in die Zukunft werfen.

Bei **Platypus** sammeln Finn und Lukas, Grundschulfreunde, englische trading cards – Sammelkarten; manchmal streiten sie sich auch beim Kartentauschen. Power Race heißt die Serie, bei der es ebenfalls um Kampf und Auseinandersetzung geht. Die begehrteste Karte ist Prinzessin Camilla, nach ihr ist auch das Stück benannt: *»Top card Camilla«*. Als Finn die Prinzessin endlich in seinem Päckchen gefunden hat (bis dahin wird auf der Bühne nur deutsch gesprochen), wird sie lebendig – spricht aber nur englisch, sodass die beiden Jungen ihre englischen Vokabeln herauskramen und zugleich Camilla gegen die schreckliche Martia Assassina verteidigen müssen – eine ebenfalls lebendig gewordene Power-Race-Karte. Spannende Verwicklungen, wilde Bühnenkämpfe und ganz viele einfache Vokabeln und verständliche englische Sätze – und natürlich ein happy ending (3. Klasse bzw. erstes Lehrjahr Englisch).

»Nathan« bei **Strahl** – ein Brocken. Lessings »Nathan der Weise« ist ein hoch kompliziertes Werk, ein analytisches Drama, das erst im Lauf einer verschlungenen Handlung die Vorgeschichte enthüllt, die Emotionen eher in den Versen versteckt und in vielfacher Argumentation den schwierigen Weg der Aufklärung zu »Vernunftwahrheiten« und Humanität bahnen wollte. Strahl schafft es, Handlungsverlauf und Auflösung der vielstufig verwickelten Story zu vermitteln und zudem die geistige Problematik des Lessingschen Nathan in heutiger Prosa nachzuzeichnen. Deutlich herausgearbeitet werden die Emotionen – aber auch Gründe und Gegengründe werden klar konturiert und mit bemerkenswerter rhetorischer Kompetenz präsentiert. Trotzdem noch immer kompliziert, nicht einfach so zu konsumieren – ein scharfer Kontrast zu Fernsehunterhaltung und beliebiger »Performanz«. Also ideal für DS- und Literaturkurse, die etwas von Lessing wissen und zuhören können (angekündigt ab 14). *Hans-Wolfgang Nickel*

AKTIVITÄTEN

Kinder zum Olymp: Schulen kooperieren mit Kultur

Zusammen mit einem Theater, einem Museum, einem Orchester, einzelnen Künstlern ein Projekt entwickeln und durchführen, neue kreative Impulse für den Schulalltag schaffen: Schulen und ihre Partner aus Kunst und Kultur werden gemeinsam aktiv. Neue Ideen sind gesucht: Im Rahmen ihrer Bildungsinitiative *Kinder zum Olymp!* ruft die Kulturstiftung der Länder zum neunten Mal bundesweit zu einem Wettbewerb für Kultur und Schule auf. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule die Möglichkeit erhalten, sich aktiv in kulturellen Projekten zu engagieren und eigene künstlerische Erfahrungen zu sammeln. Teilnehmen können alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland und die deutschen Auslandsschulen mit ihren Kulturpartnern sowie Kultureinrichtungen und Künstler mit ihren Schulkooperationen. Information und Anmeldung unter www.kinderzumolymp.de Anmeldeschluss ist der 30. November 2012.

Ringvorlesung »Wohlstand ohne Wachstum?«

Im Wintersemester 2012/2013 findet an der TU Berlin mit namhaften Vertretern aus den Gewerkschaften, der Kirche, den Umweltverbänden und der Wissenschaft die Ringvorlesung »Wohlstand ohne Wachstum?« statt. Start ist am 1. November 2012 um 18 Uhr im Lichthof (Hauptgebäude TU Berlin), danach jede Woche donnerstags von 18 bis 20 Uhr im Hörsaal H 1012 im Hauptgebäude. Veranstalter sind der DGB-Bundesvorstand und die Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt der TU Berlin. Programm unter www.dgb.de unter »Termine«.

Jugendforum denk!*mal*

Das Abgeordnetenhaus von Berlin initiiert zum elften Mal anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus vom 21. bis 28. Januar 2013 das Jugendforum denk!*mal*. Damit sollen Jugendliche unterstützt werden, die durch individuelles Engagement, Gruppeninitiativen oder Schulprojekte das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus wach halten und sich für Toleranz und Verständigung in unserer Gesellschaft einsetzen. Unter den Schlagworten mach!*mal*, schreib!*mal*, sing!*mal* und mal!*mal* können Berliner Jugendliche ihre Ideen zum Thema in greif-, sicht- und hörbarer Form umsetzen und ihre Gedanken und Aktionen in den verschiedensten Formen präsentieren. Alle TeilnehmerInnen sind eingeladen, ihre Arbeiten vom 21. bis 28. Januar 2013 im Rahmen

einer Ausstellung im Abgeordnetenhaus von Berlin zu präsentieren oder bei der großen Abschlussveranstaltung am 23. Januar 2013 zur Aufführung zu bringen. Teilnehmen können Jugendliche, Schulklassen und Jugendgruppen aus Berlin bis zum Alter von 25 Jahren. Anmeldeschluss ist der 17. Dezember 2012: Abgeordnetenhaus von Berlin, Projektbüro denk!*mal*'13, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin. Weiter Informationen unter www.denkmal-berlin.de oder E-Mail denkmal@parlamen-berlin.de

Jugend testet

Der Wettbewerb »Jugend testet« der *Stiftung Warentest* startet in die neue Runde. Mitmachen kann jeder, der zwischen 12 und 19 Jahre alt ist. Die Aufgabe: Produkte oder Dienstleistungen testen. Eine Teilnahme ist alleine, mit Freunden oder der ganzen Klasse möglich. Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise. Anmeldungen bis zum 30. November unter www.jugend-testet.de.

200 Jahre Grimm – tierisch märchenhaft!

Der PROGRESS Film-Verleih und das Berliner Kino Babylon (Rosa-Luxemburg-Straße 30, 10178 Berlin) veranstalten bis zum 23. Dezember eine große Grimm-Filmreihe mit prominenten Märchenerzählern. Anlass ist das (Berliner) Jubiläum »200 Jahre Grimm«, da am 20.12.1812 die Kinder- und Hausmärchen in Berlin zum ersten Mal erschienen sind. Die Reihe findet an jedem Wochenende statt, an einem Tag mit einem prominenten Märchenerzähler. Die Schauspielerinnen Marianne Sägebrecht, Aylin Tezel und Muriel Baumeister, der Schauspieler Florian Lukas und andere sind die prominenten Märchenerzähler, die während der Grimm-Jubiläumsfilmreihe auftreten. Kita- und Hort- oder Schülergruppen können über das Kino auch Zusatztermine buchen: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, jeweils 10.30 Uhr (nur mit Voranmeldung) Eintrittspreis/Zusatztermin: für Kita- und Schülergruppen 3,50 Euro pro Person (mindestens 20 Personen). Kontakt/Info: Tel. 24 25 969 (ab 17 Uhr) oder info@babylonberlin.de Alle Infos zur Grimm-Jubiläumsreihe unter http://progress-film.de unter »Veranstaltungen«.

MATERIALIEN

Behinderte Kinder gestalten Kunstkalender

Für 13 Kinder mit Körperbehinderung ging jetzt ein Traum in Erfüllung. Ihre Gemälde wurden von über 100 Bildern für den Jahreskalender *Kleine Galerie 2013* ausgewählt. »Mein größter Traum« lautet der Titel, zu dem die kleinen Künstler farbenfrohe Bilder gemalt haben. Der Kalender wurde in den Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung hergestellt. Er ist nicht im Handel erhältlich und kann ab sofort kostenlos beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. bestellt werden: Tel.: 06294 42810 oder per Email: kalender@bsk-ev.org

Katholische Internatsgeschichten

Die Diskussionen um die Missbrauchsskandale der katholischen Kirche sind wieder verebbt. Die erschütternden autobiografischen Berichte von ehemaligen Internatszöglingen im jüngst erschienenen Buch: »Ich bin hinter dir« machen aber eindrucksvoll deutlich: Die seelischen Verwüstungen der Opfer lassen sich nicht durch symbolische Geldzahlungen von noch dazu geringen Geldbeträgen wiedergutmachen. Das Buch fragt, inwieweit hierarchische Institutionen und christliche Ideologie die Verbrechen an

ANZEIGEN

GESTALT-THERAPEUTIN

(HP für Psychotherapie)

mit langjährigem (grund-)schulpäd. Background (u.a. Brennpunkt-Schule, JÜL 1-3) freut sich darauf,
Sie therapeutisch u./o. supervisorisch zu begleiten! Schwerpunkte: Burn-Out-Prävention u. -Nachsorge, Selbstwertthemen, Ängste, Depressionen.
Erstgespräch frei, soz. gestaffeltes Honorar.
D. Wielart, Bln.- Friedenau,
Tel.: 84 18 38 28 o.
info@lebendigegestalt-therapie.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66 — Mo-Fr 10-20 Uhr
10961 Berlin — Sa 10-18 Uhr
030/789 51 797 — extrabuch@t-online.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2012
Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining – Auftritt und Stimme – klar und sicher!
Interkulturelle Kommunikationskompetenz – Verständigung erzielen!
Dialog-Kompetenz – gemeinsam denken und handeln!
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

ulrich hintermaier SUPERVISION (DGSv)
Team-, Gruppen- oder Einzel-Supervision für Lehrer, Sozialpädagogen und Erzieher
Tel. 0 30 / 6 12 44 06 · Berlin-Tiergarten
www.supervision-hintermaier.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:
KAUFMANN.INA@WEB.DE

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

Praxis für Praktische Pädagogik und Lernberatung
Ausbildung zum / zur LernberaterIn P.P.
Praktischer Pädagoge / Evolutionspädagoge
- Neue Sicht- und Handlungsweisen im täglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen
- Schnelles Erkennen und nachhaltiges Auflösen von Lernblockaden und Verhaltensauffälligkeiten
- Stärkung der persönlichen Lebenskompetenz
- Geschütztes Konzept der Evolutionspädagogik®
- Selbständig sein in eigener pädagogischer Praxis
- Berufsbegleitende Ausbildung in Teilzeitform von 7 x 4 Tagen
- Ausbildungsbeginn in Berlin: **30. Mai bis 2. Juni 2013**

Kostenloser Infoabend:
Dienstag, 4. Dezember 2012, 19 Uhr
Anmeldung bitte per Telefon oder Mail
Praxis für Praktische Pädagogik
Großgörschenstraße 18 • 10829 Berlin
Gerhard Alber
Tel.: 030 896 489 73
info@lernberatung-pp.de
www.lernberatung-pp.de
www.institut-pp.com

jungen Menschen begünstigt haben. Ein lesenswerter Beitrag zu dieser speziellen Variante »schwarzer Pädagogik«.
Ich bin hinter dir – Rolf Cantzen (Hrsg), Aschaffenburg 2012, Alibri Verlag, Postfach 100361, 63703 Aschaffenburg.

Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!?
Im Themenheft: »Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!? Geschlechterrollen im Wandel« gehen Jugendliche aus ganz Deutschland der Frage nach: »Wie wollen wir im Land der Vielfalt zusammenl(i)eben?« Ihre Reportagen, Interviews und Porträts bieten ungewöhnliche Einblicke in interkulturelle Lebenswelten. Sie behandeln Fragen der Lust, der individuellen Freiheit, der Moral und der Verantwortung. Weitere Themen sind die Geschichte der Emanzipation, das umkämpfte Recht auf Selbstbestimmung und die Liebe in Zeiten der Migration. Das Themenheft »Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!?« kostet 4 Euro (10 Ex. á 3,50 Euro) und ist zu beziehen über Schule ohne Rassismus, Ahornstraße 5, 10787 Berlin oder über www.schule-ohne-rassismus.org

Koffer packen: Deutschland ohne Ausländer
Rechtspopulistische Bewegungen in Europa, die Sarrazin-Debatte sowie die in Umfragen regelmäßig von über 50 Prozent der Befragten vertretene Auffassung, wir hätten zu viele »Ausländer« in Deutschland, veranlassten die Autoren Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme, in ihrem Buch *»Deutschland ohne Ausländer«* einmal durchzuspielen, was passieren würde, wenn die rund 7 Millionen »Ausländer« von heute auf morgen ihre Koffer packen und Deutschland verlassen müssten. »Ohne Ausländer wäre Deutschland ärmer«: In mehr als 20 Abschnitten wird die Auswirkung auf unterschiedliche Bereiche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität detailreich und anschaulich dargestellt. Deutschland erscheint als das, was es ist: ein Einwanderungsland.

INTERNET

www.kein-taeter-werden.de
Etwa 6,4 Prozent der Mädchen und 1,3 Prozent der Jungen werden vor ihrem 16. Lebensjahr Opfer sexuellen Missbrauchs. Jährlich gibt es laut polizeilicher Kriminalstatistik etwa 12.000 Anzeige wegen sexuellen Kindesmissbrauchs. Experten sind sich jedoch einig, dass die meisten Übergriffe im sogenannten Dunkelfeld stattfinden und nicht bekannt werden. Um therapeutische Präventionsmaßnahmen für potenzielle TäterInnen zu etablieren, wurde 2005 das Projekt »Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch im Dunkelfeld« (PPD) am Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Berliner Charité ins Leben gerufen. Das Projekt bietet Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen und/oder Kinderpornografie konsumieren und deshalb Hilfe suchen, kostenlos und durch die Schweigepflicht geschützt therapeutische Hilfe. Die Therapie integriert verschiedene Ansätze und bezieht auch eine medikamentöse Unterstützung mit ein. Das Therapieprogramm wendet sich an Menschen, die von sich aus und ohne gerichtlichen Druck therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Das Präventionsprojekt Dunkelfeld ist Initiator und Koordinator des deutschlandweiten Präventionsnetzwerks »Kein Täter werden, das bundesweit therapeutische Angebote anbieten will.

Der Bildungsserver Berlin Brandenburg empfiehlt:
• *»www.dubistanders.de«* Das Projekt der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist ist eine historische Ausstellung und ein interaktives Erinnerungsarchiv zugleich. Einzelne Unterrichtsstunden oder ganze Themeneinheiten lassen sich damit gestalten.
• *Ländervergleichsstudie des IQB im Primarbereich.* Der Bericht der ersten Ländervergleichsstudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wurde veröffentlicht. Verglichen wurden Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5e815ca7b19.html*
• *Mobiles Lernzentrum zur DDR-Geschichte.* Zum 51. Jahrestag des Mauerbaus hat die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ein neues Bildungsangebot für Schüler vorgestellt. Ein Stasi-Gefangenentransporter ist mit Hörstationen, einer Ausstellung und Tablet-PCs zu einem Mobilen Learning Center umgebaut worden. Ab sofort können ihn Schulen in Berlin und Brandenburg für Projekttage und Veranstaltungen einsetzen. *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/351+M5b2145e6ccb.html*
• *Dokumentation des Fachtags »Schulanfangsphase«.* Die Dokumentation des Berliner Fachtags »Schulanfangsphase«, der im September stattfand, liegt jetzt auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg vor. *http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/doku_fachtag_schulanfangsphase.html*

ANZEIGEN

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

LockeToursBerlin
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Madeira Wandern 10 Tage ab 1695 EUR
Gomera Wandern & Relaxen ab 1599 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

HARZ
JUGENDGÄSTEHAUS
Mit Harz und Seele
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab **85 Euro** für 4 Nächte, inkl. Programm und HP.
Veranstaltungs- und Seminarräume für bis zu 200 Personen.
Tel.: 0 55 22 / 55 95, Fax 0 55 22 / 68 69,
E-Mail: jgh.harz@osterode.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

ANZEIGEN

KLASSE REISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:
Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ... ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland
Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....
KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com
Katalog unter: 030-303083-6

REAL-TOURS S.R.L.
Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de
SCHULFAHRTEN 2013
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 230,00 HP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **München**.
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2013.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

25 Jahre Studienreisen/Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		8-Tage-Busreise z.B. nach	
WIEN	ÜF ab 192,- Euro	COSTA BRAVA	Ü ab 210,- Euro
BUDAPEST	ÜF ab 192,- Euro	GARDASEE	Ü ab 220,- Euro
LONDON	ÜF ab 254,- Euro	SÜDFRANKREICH	Ü ab 230,- Euro
PRAG	ÜF ab 199,- Euro	Unterbringung in	
PARIS	ÜF ab 224,- Euro	Selbstversorger-	
ROM	ÜF ab 258,- Euro	unterkünften.	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTRASSE 55a • 44534 LÜNEN
Tel. (0 23 06) 7 57 55-0 • Fax -49 • info@rsb-krause.de • www.rsb-krause.de

Klassenfahrten 2013 nach Prag

Goldene Stadt voller Möglichkeiten

4 Tage Busreise ab 104 €

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7220 | tschechien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS GmbH

Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

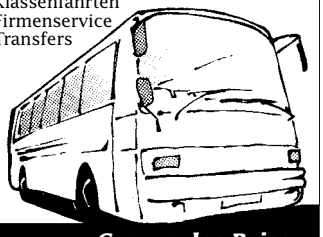
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen
Gartenfelder Str. 28, 13599 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

IHRE ANZEIGE
in der blz

Tel: 030-21 99 93 46 / Fax: 030-21 99 93 49

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Einfach mehr Kultur verschenken

Das GeschenkAbo der TheaterGemeinde Berlin

6 Monate freie Wahl aus dem vielfältigen Berliner Kulturangebot

Telefon 030–212 963 00
www.tg-berlin.de/abo

TheaterGemeindeBerlin
50 Jahre Kulturservice

12. NOV.	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 47
	18.00 Uhr	**Mitgliederversammlung FG ISS**	Raum 300
	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 300
15. NOV.	18.00 Uhr	**Mitgliederversammlung Junge GEW**	Raum 31
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 34
19. NOV.	18.00 Uhr	**FG Sozialpädagogische Bildung**	Raum 300
20. NOV.	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 300
21. NOV.	9.30 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 300
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 32
22. NOV.	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 301
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
27. NOV.	14.00 Uhr	**Seniorengruppe Mitte**	Raum 300
	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 34
	19.00 Uhr	**LA Studierende**	Raum 34
4. DEZ.	19.00 Uhr	**Schwule Lehrer**	Raum 300
10. DEZ.	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 47
11. DEZ.	16.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 300
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 33

FOTO: DEGEWO

FLIESENKUNSTWERK AM U-BAHNHOF WUTZKYALLEE IN NEUKÖLLN

VERANSTALTUNGSREIHE »LADYS FIRST«

Der Landesausschuss für Frauenpolitik legt eine neue Veranstaltungsreihe auf: Ladys First. Frei nach dem Motto »Lust an Gewerkschaft!« bieten wir euch mit der Reihe kulturelle Angebote, politische Gespräche und gleichzeitig die Möglichkeit zum Austauschen und Kennenlernen an. Am **13. Dezember ab 18 Uhr** geht es los mit Filmabend, Sekt und Häppchen. »We want sex« (verwirrender Titel – toller Inhalt) zeigt nach wahren Begebenheiten die Geschichte von britischen Arbeiterinnen und wie sie sich gleiche Rechte erkämpft haben. Amüsant und wertvoll. Fragen und Anmeldung unter info@gew-berlin.de.

WIR SINGEN!

Der GEW-Chor trifft sich am **14. und 21. November**. Der Singkreis am **5. Dezember**. Wir treffen uns im GEW-Haus jeweils **um 17 Uhr** und in der Regel in Raum 31.

RELIGION UND DIGITALE MEDIENWELT

Fachtagung für Lehrende und MultiplikatorInnen im Kinder- und Jugendbereich **Mittwoch, 14. November 2012, 9 – 17 Uhr**
Ort: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin
Wie ist der Einfluss digitaler Welten auf pädagogische Prozesse, auf den Erwerb von Werten durch Kinder und Jugendliche?
Wie gehen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit den Herausforderungen und Chancen der Online-Welt um?
Vorträge, Workshops und Gesprächsrunden, dazu Informations- und Gesprächsangebote mit den Mitgliedern der Werkstatt der Religionen und Weltanschauungen: Muslimen, Hindus, Buddhisten, Baha'i, Juden, Sikhs, Christen, Neopaganisten und Humanisten.
Von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin als Lehrerfortbildung anerkannt: Nr. 12.2-2012.
Begrenzte Teilnehmerzahl, deshalb Anmeldung erforderlich: Tel. 030 – 60 97 70-16 oder paul.raether@werkstatt-der-kulturen.de